

EINWOHNERRAT

Protokoll

Der 4. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

Sitzungsdatum: 12. Dezember 2012
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18:00 – 22:00 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Rolf Adam, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Christoph Morat
Franziska Pausa
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
Nora Frei, Volontärin

Gäste:

Entschuldigt: Peter Brack, Markus Gruber, Jacqueline Misslin

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 36 Anwesende = 24
19.40 Uhr 37 Anwesende = 25

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 19.09.2012 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 22.11.2012, zur **Finanzplanung der Einwohnergemeinde und der Spezialfinanzierungen über die Jahre 2013 – 2017**
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli Geschäft 4085 / A
 2. Bericht des Gemeinderates vom 12.09.2012 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 22.11.2012, zum **Voranschlag 2013 der Einwohnergemeinde sowie Festsetzung der Gemeindesteuern und der Feuerwehersatzabgabe für das Jahr 2013** Geschäft 4084 / A
-

- 2.1.0 EINTRETENSDEBATTE
- 2.1.1 Stellungnahme des Gemeinderates vom 21.11.2012 und Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 21.11.2012, zu den **Budgetpostulaten** Geschäft 4084B / C
- 2.1.2 Budgetpostulat von Barbara Selinger, Christoph Benz, Ruedy Breitenstein, Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion, betreffend Erwerb des Labels „Kinderfreundliche Gemeinde Allschwil“ Geschäft 4084B.1
- 2.1.3 Budgetpostulat von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, betreffend Qualifizierte Aussensicht – Praxisarbeiten an den Hochschulen Geschäft 4084B.2
- 2.1.4 Budgetpostulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, betreffend Erhöhung des Budgetpostens 210 – 318.00 um 20'000 Franken Geschäft 4084B.3
- 2.1.5 Budgetpostulat von Daniela Werren, SP-Fraktion, betreffend Laufende Rechnung Position 300-364.00 Geschäft 4084B.4
- 2.1.6 Budgetpostulat von Roland Naef, FDP, betreffend Rückstellung für die Ausfinanzierung des Gemeindeanteils an der Deckungslücke der Pensionskasse des Kantons Baselland (BLPK) aufzunehmen Geschäft 4084B.5
- 2.1.7 Budgetpostulat von Roland Naef, FDP-Fraktion, betreffend Reduktion der Personalkosten Geschäft 4084B.6
- 2.1.8 Budgetpostulat von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat, Lukas Mussler, Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion, betreffend Dienstleistungen und Honorare (Konto 840-318.00) Geschäft 4084B.7
- 2.1.9 Budgetpostulat von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat, Lukas Mussler, Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion, betreffend Übriger Unterhalt durch Dritte (Konto 020-315.00) Geschäft 4084B.8
- 2.1.10 Budgetpostulat von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat, Lukas Mussler, Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion, betreffend Übriger Personalaufwand Gemeindeverwaltung (Konto 020-309.00) Geschäft 4084B.9
- 2.1.11 Budgetpostulat von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat, Lukas Mussler, Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion, betreffend Personalaufwand Alterskonzept (Konto 570-301.00) Geschäft 4084B.10
- 2.1.12 Budgetpostulat von Nedim Ulusoy, Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat, Lukas Mussler, GLP/BDP-Fraktion, betreffend Konto 340-319.00 Sport, Übriger Sachaufwand Geschäft 4084B.11
- 2.2 DETAILBERATUNG
- 2.2.1 Voranschlag der Einwohnerkasse
- 2.2.2 Festsetzung der Gemeindesteuern 2013
- 2.2.3 Festsetzung der Feuerwehersatzabgabe 2013
3. Bericht des Gemeinderates vom 24.10.2012, sowie Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen vom 22.11.2012, betreffend **Doppel-Tageskindergarten „Spitzwald“** und Beantwortung des Postulats der SP/EVP und FDP-Fraktion, vom 24.10.2012, betreffend **Unterkellerung Kindergarten (KG)** Geschäft 4087 / A
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4079 / A
-

4. Bericht des Gemeinderates vom 19.09.2012, sowie Bericht der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente, vom 30.10.2012, betreffend **Teilrevision Wasserreglement und Abwasserreglement**, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4097 / A

5. Bericht des Gemeinderates vom 21.11.2012, betreffend **Nachtragskredit für vormundschaftliche Massnahme**
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4102

6. Bericht des Gemeinderates vom 14.11.2012, zum Postulat von Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, vom 16.11.2011, betreffend **Alternative Energien und Energiesparmassnahmen bei Renovation und Neubauten der Gemeindeliegenschaften**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4033 / A

7. Postulat von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, vom 23.10.2011, betreffend **Gemeindeentwicklungskonzept Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 4027

8. Postulat von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat, Lukas Mussler und Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion, vom 10.09.2012, betreffend **Bedürfnisabklärung „Netzwerk Palliativmedizin“ in der Gemeinde Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4092

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 3 (Eingabe Budgetpostulate) vom 14. November 2012

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Rolf Adam

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Rolf Adam, Präsident: Ich begrüsse Sie herzlich zur Plenarsitzung vom 12.12.2012, ein spezielles Datum heute, und ich hoffe, dass die Sitzung gut wird.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Mir liegen einige Vorstösse vor. Von der SP-Fraktion liegt eine dringliche Interpellation vor in Sachen Pensionskassensanierung, wie weiter, von Andreas Bammatter und Niklaus Morat.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Wir haben diese Interpellation eingegeben, weil das Budget zeigt, dass die Finanzen nicht sehr gut sind. Der Finanzplan sagt uns, dass dies bis im Jahr 2017 nicht sehr schön aussieht. Dazu kommt noch die Sanierung der Pensionskasse. Es liegt ein Budgetantrag vor, welchen wir nachher behandeln werden. Diesen können wir so nicht überweisen in der SP-Fraktion, weil er zu ungenau formuliert ist. Deshalb haben wir diese Interpellation gemacht und ich bitte Sie, die Dringlichkeit zu anerkennen.

Rolf Adam, Präsident: Es braucht ein Zweidrittelmehr für die Dringlichkeit.

://:

Die Dringlichkeit wird einstimmig angenommen.

Rolf Adam, Präsident: Mir liegt eine weitere dringliche Interpellation der SP-Fraktion vor, betreffend der Überweisung des Postulats Geschäft 3848, Solardächer Allschwil jetzt.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Die dringliche Interpellation hat den Grund, dass wir hier im Rat auf Geschäfte warten müssen, die überwiesen wurden, welche länger als ein Jahr oder anderthalb Jahre dauern. Es geht hier um ein Geschäft von mir, aber es sind auch andere Geschäfte davon betroffen, die zum Teil dringlich überwiesen wurden. Es tut mir leid, aber wenn dies länger als ein Jahr oder anderthalb Jahre dauert, dann müssen wir in Zukunft schauen, dass dies nicht mehr der Fall ist. Es bleibt dann immer noch ein Spielraum bestehen zwischen der Einreichung und der Behandlung im Rat, das sind vier bis sechs Monate. Somit dauert es jeweils bis zu zwei Jahre, bis es vom Gemeinderat beantwortet wird. Ich habe zwei bis drei Beispiele genommen, die im Rat hängig sind. Ich bitte den Gemeinderat hier Auskunft zu geben, weshalb dies so lange dauert. Und ich bitte darum, die Dringlichkeit hier anzunehmen. Ich weiss, dass Herr Morat bereits vorbereitet ist, somit können wir dies in den zwei Tagen besprechen.

Rolf Adam, Präsident: Wir stimmen über die Dringlichkeit ab.

://:

Die Dringlichkeit wird mit 23 Ja-, 11 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung nicht genehmigt.

Mir liegt ein dringliches Postulat von der Grünen/EVP-Fraktion vor in Sachen Kindergarten Spitzwald Unterkellerung. Wir können das nicht so übernehmen. Es betrifft die Dringlichkeit des Postulats betreffend Geschäftsnummern 4087A und 4079A, Doppelkindergarten Spitzwald mit oder ohne Unterkellerung. Geschäftsreglement, Paragraph 39, Absatz 3, sagt: „Postulate sind nicht zulässig zu Geschäften, die vom Einwohnerrat bereits durch eine Motion oder ein anderes Postulat beim Gemeinderat anhängig gemacht worden sind.“ Demzufolge könnt ihr euch auf Paragraph 74, Rückkommensstütze, berufen: „Am Schluss der Beratung eines Geschäfts können mit einer Mehrheit von Zweidrittel der Stimmen, gefasste Beschlüsse in Wiedererwägung gezogen werden“.

Christoph Benz, Grüne/EVP-Fraktion: In diesem Fall geht es mir nicht darum, etwas durchzudrücken, was ich oder andere angedacht haben, sondern es geht mir um die Sache. Wir haben nach Hängen und Würgen ein Postulat eingereicht, wo der Gemeinderat rechnen musste, wie viel eine Unterkellerung kosten würde, auch im Fall des Spitzwaldkindergartens. Es macht Sinn, wenn wir das heute diskutieren und entscheiden könnten. Wir wollen einen Keller oder wir wollen keinen Keller. Ich möchte dies nicht verschleppen und habe ein dringliches Postulat gemacht. Ich habe begriffen, dass es nicht geht, aber mein Anliegen bleibt trotzdem. Wenn es keinen schnelleren Weg gibt, dies heute Abend zu behandeln, dann muss ich halt einen Rückkommensantrag oder einen Sachantrag stellen, damit es im Januar wieder kommt. Ich finde das allerdings nicht sehr praktisch. Ich kann sagen, dass ich das Postulat sein lasse und nachher als Sachantrag einreiche. Gibt es sonst eine Möglichkeit, dies der Sache Wegen heute Abend zu diskutieren?

Rolf Adam, Präsident: Ich würde einen Sachantrag stellen anschliessend und diesen könnt ihr jederzeit einreichen.

Christoph Benz, EVP/Grüne-Fraktion: Dann mache ich das so.

Rolf Adam, Präsident: Es liegen mir noch weitere Interpellationen vor von der SP-Fraktion betreffend Bedarfsabklärung und Massnahmen dritte und vierte Generation. Ich habe von der CVP-Fraktion, Franz Vogt, eine Interpellation Sanierung Baslerstrasse. Die Traktandenliste wurde rechtzeitig versendet. Gibt es Änderungsanträge?

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Ich stelle den Antrag, das Postulat 8 betreffend Palliativmedizin auf die Januarsitzung zu verschieben, weil Jacqueline Misslin, die Fachfrau ist, heute und wahrscheinlich auch morgen krankheitshalber nicht anwesend ist.

Rolf Adam, Präsident: Wir stimmen über diesen Antrag ab.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Bericht des Gemeinderates vom 19.09.2012 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 22.11.2012, zur Finanzplanung der Einwohnergemeinde und der Spezialfinanzierungen über die Jahre 2013 – 2017
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli, Geschäft 4085 / A

Nicole Nüssli, Gemeinderätin: Es freut mich, Ihnen anhand ein paar Folien die voraussichtliche finanzielle Entwicklung unserer Gemeinde bis ins Jahr 2017 aufzuzeigen. Bevor ich einsteige, erlauben Sie mir zwei Vorbemerkungen. Die erste Vorbemerkung ist Ihnen bestimmt bereits aufgefallen beim Studieren der Unterlagen für die heutige Sitzung. Wir stehen heute vor einer Trendwende. Hinter uns liegen die fetten Jahre, und vor uns liegen die mageren Jahre. Die Frage ist, wie mager diese Jahre ausfallen werden. Ein Ergebnis aus diesen Zahlen ist, dass wir den Gürtel enger schnallen müssen. Die zweite Vorbemerkung ist folgende: Der Finanzplan 2013 bis 2017 ist bekanntlich nur eine Momentaufnahme. Der Finanzplan ist aus dem September 2012, der Gemeinderat hat dann diesen Finanzplan erstellt und ich zeige ihn heute. Zwischen September und heute ist die Zeit nicht stehen geblieben und der Gemeinderat hat weitere Erkenntnisse gewonnen. Das ist anders gegenüber dem letzten Jahre, weil wir sehr grosse Investitionen vor uns haben. Der Gemeinderat weiss inzwischen mehr dazu, wie viel unser neues Schulhaus schlussendlich kosten wird. Der Betrag, der hier im Finanzplan ist, rund CHF 53'000'000, reicht nicht. Es ist davon auszugehen, dass es mehr kosten wird. Der zweite

Punkt, wo dies ähnlich ist, ist die Pensionskassenthematik. Auch da haben wir heute neuere Erkenntnisse. Toni Lauber wird Ihnen bei der Beantwortung der Interpellation dies darlegen. Zum Finanzplan: Sie sehen, der Gemeinderat hat wie jedes Jahr gewisse Annahmen getroffen und hat diese als Basis für die Erstellung des Finanzplanes vorgegeben. Einerseits haben wir die Investitionen priorisiert. Sie haben gesehen, wie die Priorisierung vor sich geht, dies ist ausführlich dargestellt in den Unterlagen, die Sie erhalten haben. Das Budget 2013 ist die Basis für die Fortschreibung der laufenden Rechnung, welche Sie im Finanzplan sehen. Beim Steuerfuss für die natürlichen Personen sind wir von den 58% ausgegangen. Der Gemeinderat möchte dies nicht hinaufsetzen. Bei den juristischen Personen haben wir auch die Steuersätze der letzten Jahre zugrunde gelegt. Für die Teuerung der Planjahre gehen wir von 1% aus. Beim Personalaufwand, Stufenanstieg etc. haben wir 1,25% eingesetzt. Bezüglich des Zinssatzes für das Fremdkapital sind wir davon ausgegangen, dass es 2,2% bis 2,5% sein wird über die Planjahre hinweg. Wir haben auch beim ersten Budget Korrekturen vorgenommen, weil wir heute bereits wissen, dass sich Änderungen gegenüber dem Budget 2012 ergeben werden. Es wurde keine systematische Hochrechnung gemacht, wir haben in einzelnen Punkten Korrekturen vorgenommen. Die Korrekturen sind einerseits der Finanzausgleich. Da haben wir den effektiven horizontalen Finanzausgleich eingesetzt. Wir haben CHF 8'400'000 berücksichtigt und nicht nur, wie im Budget 2012 enthalten waren, CHF 7'900'000. Die CHF 8'400'000 ist die effektive Rechnung, die wir erhalten haben für den Finanzausgleich vom 19. Juni 2012. Bei den Steuererträgen 2012 natürliche Personen haben wir auch gewisse Korrekturen vorgenommen wie auch bei den juristischen Personen. Unter dem Strich haben wir eine Korrektur vorgenommen von CHF 1'600'000, wenn ich das richtig sehe. Bei den natürlichen Personen haben wir eine Reduktion vorgenommen, nämlich CHF 500'000. Bei der Quellensteuer ist es eine Reduktion von CHF 600'000, also CHF 1'100'000 weniger Steuererträge beim Budget 2012. Demgegenüber sind wir bei den juristischen Personen aufgrund des aktuellen Veranlagungsstandes nach oben gegangen und haben dort zusätzlich CHF 2'700'000 eingesetzt. Bei den internen Verrechnungen, das habe ich letztes Jahr bei der Jahresrechnung 2011 erwähnt, haben wir eine Anpassung vorgenommen und die effektive interne Verrechnung berücksichtigt. Weitere Korrekturen in der Planperiode 2013 bis 2017 sind die folgenden. Wir haben gesehen, dass wir zusätzliche Kindergärten bilden müssen. Das hat Mehrkosten zur Folge, und das haben wir in den Jahren 2014 und 2015 berücksichtigt. Bei der Primarschule mussten wir auch zusätzliche Klassen berücksichtigen, das haben wir gemacht in den Jahren 2015 – 2017.

Bezüglich der Ausfinanzierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse haben wir aufgrund der Angaben, die wir vom Kanton erhalten haben – diese haben eine Berechnung gemacht für uns Gemeinden, wie viel die Ausfinanzierung kosten wird, nämlich rund CHF 42'300'000, jährlich CHF 1'829'000 – dies ab dem Jahr 2014 im Finanzplan eingesetzt. Ob dies wirklich die letzte gültige Zahl ist, kann ich heute noch nicht vollständig abschätzen. Toni Lauber wird Ihnen dazu nähere Angaben machen. Das kann weniger sein oder es bleibt bei den CHF 1'800'000 pro Jahr, die wir finanzieren müssen. Für den Wegfall der Einmalkosten für vorzeitige Pensionierungen im 2013 wurde ein Betrag von CHF 500'000 eingesetzt. Wir gehen davon aus, dass dies nötig sein wird, dass wird dies bezahlen müssen. Das müssen wir auch aufgrund der gesetzlichen Verpflichtungen, wenn sich jemand vorzeitig pensionieren lassen möchte.

Die Abschreibungen haben wir HRM2-mässig vorgenommen für das bestehende und neue Verwaltungsvermögen. Das heisst, es wird eine lineare Abschreibung von 10% sein und keine degressive mehr.

Wie entwickelt sich der Aufwand in diesen Jahren? Wir gehen davon aus, dass es einen leichten Anstieg geben wird über die Jahre 2013 – 2014. Die erste Darstellung aus dem Jahr 2011 ist die Rechnung 2011. Das Jahr 2012 ist das korrigierte Budget, ab 2013 sind es Budgets, ab 2014 sind es Planjahre. Der Aufwand des Jahres 2012 soll von CHF 47'200'000 bis 2017 auf CHF 55'100'000 steigen. Wenn ich das richtig sehe, dann ist der Finanzausgleich hier noch nicht darin. Die Beträge sind dann noch etwas höher. Wir steigen letztendlich im Jahr 2017 auf rund CHF 65'000'000 Aufwand, inklusive Finanzausgleich, der zu leisten ist.

Die Steuererträge auf der gegenüberliegenden Seite, die die Einnahmen darstellen, können leider in den Planjahren nicht mit dem Aufwand mithalten. Das heisst, wir gehen davon aus, dass im 2013 ein Ertrag von rund CHF 55'000'000 möglich sein wird. Dieser wird im 2017 auf rund CHF 60'000'000 steigen. Das ist in jedem Jahr etwas tiefer als der Aufwand. Dies führt letztlich dazu, dass in den Jahren 2013 bis 2017 jeweils ein Aufwandsüberschuss zu verzeichnen ist. Der Ertrag wird den Aufwand nicht erreichen. Wir werden in diesen Jahren einen sogenannten Aufwandsüberschuss verzeichnen. Dies führt dazu, dass das Eigenkapital, welches bis ins 2011 angestiegen ist, bis 2017 sinken wird, auf minus CHF 4'800'000. Minus CHF 4'800'000 ist ein negatives Eigenkapital. Ein negatives Eigenkapital ist eine Überschuldung. Das bedeutet eigentlich grosse Sorgen, welche auf die Finanzlage unserer Gemeinde zukommen werden. Dies immer unter der Voraussetzung, dass alles so investiert werden kann und sich alles ereignet, wie wir es uns vorstellen. Die Selbstfinanzierung liegt in der ganzen Planperiode im Schnitt bei 18%. Diese liegt in der ganzen Planperiode unter den gewünschten zielmässig vorgegebenen 100%. Wenn der Selbstfinanzierungsgrad unter 100% liegt, dann heisst das immer, dass unsere Schulden

zunehmen werden. Nur wenn die Selbstfinanzierung über 100% liegt, können wir Schulden abbauen. In den Jahren 2013 bis 2017 werden unsere Schulden zunehmen. Der Grund für die tiefe Selbstfinanzierung sind klar die grossen Investitionen, die wir planen für die Schule und für die Kindergärten. Wir sind davon ausgegangen, dass das Schulhaus CHF 53'000'000 kosten wird. Wir wissen jetzt bereits, dass dieses Geld nicht reichen wird. Wenn dies noch teurer wird, dann wird auch die Fremdverschuldung noch mehr zunehmen. Hier sieht man sehr schön den Vergleich der Selbstfinanzierung im Verhältnis zu den Nettoinvestitionen. Es hat zwei Jahre, wo es keinen roten Pfeil hat, aber einen haben sollte, nämlich im 2013 und 2017. Überall in diesen Jahren wird unsere Fremdverschuldung massiv zunehmen. Wenn wir dies geplant durchziehen und die Investitionen gemacht werden können mit dem Planungsstand von CHF 53'000'000, werden wir in der gesamten Planperiode zusätzliche Fremdverschuldung akzeptieren müssen und finanzieren. Damit Sie nicht nur eine Tabelle im Kopf haben, sondern effektiv diese Zahlen nochmals sehen, nämlich das Verhältnis zwischen der Selbstfinanzierung und den Nettoinvestitionen, mit den Jahren 2011 und 2012, sehen Sie hier die Zahl kumuliert. Im 2011 hatten wir einen Finanzierungsüberschuss. CHF 65'000'000 ist der Finanzierungsfehlbetrag, und das heisst zusätzliche Schulden. Zusätzliche Zinsen werden die laufende Rechnung belasten. Das wird dazu führen, dass die Neuverschuldung zunehmen wird. Wir hatten im 2011 und im 2012 ein Nettovermögen pro Einwohner, im 2013 gibt es wieder eine Nettoschuld. Diese steigt bis 2017 auf CHF 3'250 pro Einwohner. Das ist ein stolzer Betrag.

Drei Folien zur Thematik der Spezialfinanzierung. Ich kann Ihnen eingangs sagen, dass wir bei den Spezialfinanzierungen, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Abfallbeseitigung, jeweils auf Kurs sind, was man von der Gesamtrechnung der Einwohnergemeinde nicht ganz sagen kann. Bei den Spezialfinanzierungen sind wir auf Kurs. Das Ziel bei der Wasserversorgung ist der Aufbau des Eigenkapitals. Das kann erreicht werden in der Planperiode. Es ist immer das Verhältnis zwischen dem Verwaltungsvermögen im roten Bereich und der Nettoschuld, das Eigenkapital. Dies wird in den Jahren 2013 bis 2017 aufgebaut. Bei der Abwasserbeseitigung sind wir auch auf Kurs. Das Ziel war das hohe Eigenkapital abzubauen, das wird möglich sein. Im Jahr 2013 ist das Eigenkapital die Summe des Verwaltungsvermögens und des Nettovermögens. Im Jahr 2017 gibt es dort eine Änderung, das Nettovermögen wechselt in eine Nettoschuld, dann ist es die Differenz zwischen dem Verwaltungsvermögen und der Nettoschuld. Die Idee war es, das Eigenkapital abzubauen. Das werden wir in diesen Jahren erreichen. Das gleiche haben wir bei der Abfallbeseitigung, auch hier führt es in der Planperiode zu einem Abbau des Eigenkapitals. Auch dies war eine finanzpolitische Zielsetzung des Gemeinderates. Wir sind bei der Abfallbeseitigung noch nicht dort, wo wir hinwollten. Das Eigenkapital soll rund 50% des Verwaltungsvermögens darstellen. In der Planperiode gehen wir in die richtige Richtung.

Ganz zum Schluss die Frage: Wo stehen wir und welche Ziele haben wir erreicht? Wir haben mehr Smileys, die nicht smilen. Das soll uns nicht daran hindern, dass wir die Ziele immer noch vor Augen haben und wir alles daran setzen werden, um dies zu erreichen. Die ausgeglichene laufende Rechnung ist nach wie vor ein Ziel, aber dies wurde klar nicht erreicht. Den Selbstfinanzierungsgrad, der mindestens 100% sein soll, haben wir klar nicht erreicht. Er liegt im Schnitt bei 18%. Eigenkapitalaufbau war möglich bis ins Jahr 2014 auf die CHF 6'000'000, die wir uns als Ziel gesetzt haben. Für die Grösse unserer Gemeinde sollten es mindestens CHF 11'000'000 sein. Nach dem Jahr 2014 sinkt das Eigenkapital in eine Überschuldung. Der Steuerfuss liegt bei maximal 58%, das haben wir erreicht.

Die alternativen Finanzierungen sind unter Berücksichtigung gesamtheitlicher Aspekte zu prüfen. Wir werden Ihnen auch nächstes Jahr diese Vorlage unterbreiten, wo es um die Finanzierung unserer Schulhauses geht. Dort werden Sie das letzte Wort erhalten und dann, so hoffe ich, noch in den Ohren haben, was ich Ihnen heute erzählt habe.

Ausblick: Die Finanzlage hat sich in der Vergangenheit stark verbessert, das ist eine Tatsache. Wir hatten in den letzten Jahren wesentlich höhere Ertragsüberschüsse. Wir stehen heute aber an einem Punkt, wo sich dies ändern wird. Der Grund dafür ist die Pensionskassenthematik, die steigenden Schülerzahlen, aber auch Gründe, welche im sozialen und im Gesundheitsbereich liegen, Ergänzungsleistungen, Sozialhilfe, Tageselternverein, Spitex etc. Die bevorstehenden Investitionen, insbesondere das neue Schulhaus, können nur teilweise mit den operativ erwirtschafteten Mitteln finanziert werden. Der allergrösste Teil muss anders finanziert werden. Sie werden die Vorstellung des Gemeinderates hören, wenn es im nächsten Jahr um die konkrete Finanzierung geht. Es gibt immer noch gewisse Unsicherheitsfaktoren. Wir haben die grossen Investitionen vor uns, da ist das letzte Wort noch nicht gesprochen, das dürfen Sie tun. Wir haben das Finanzausgleichsgesetz, wo wir nicht genau wissen, in welche Richtung die Reise gehen wird. Wir wissen nicht, ob die Schere zwischen Geber- und Nehmergemeinden weiter aufgehen wird und ob es dort eine Änderung geben wird. Wir wissen nicht, was mit der Rezession ist, wie es sich verhält mit den Sozialausgaben und den Steuererträgen. Wir wissen nicht, wie es mit der Ausfinanzierung der Deckungslücke der basellandschaftlichen Pensionskasse definitiv aussieht. Wir kennen auch die definitive Bevölkerungsentwicklung nicht. Mit diesen Unsicherheitsfaktoren erlaube ich mir meine Präsentation zum Finanzplan 2013 bis 2017 zu beenden. Ich bitte Sie im Namen des Gemeinderates den vorliegenden Finanzplan zur Kenntnis zu nehmen. Ich

erlaube mir ein letztes Mal den Mahnfinger zu erheben. Zur Kenntnis nehmen heisst nicht einfach nicken und zum richtigen Zeitpunkt das Kärtchen aufzuheben. Zur Kenntnis nehmen heisst für mich und den Gemeinderat, dass Ihnen die wichtigen Zahlen, die ich hier präsentiert habe, nämlich die Überschuldung und die hohen Fremdschulden, die wir eingehen werden müssen, eingebrannt und geblieben sind, und vor allem so lange geblieben sind, bis sie letztlich der Finanzierung des Schulhauses zugestimmt haben. Bevor ich ganz schliesse, möchte ich meinen Dank an die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltung aussprechen, die diesen Finanzplan erstellt haben. Ich möchte auch Herrn Grieder danke sagen, der heute zum ersten und letzten Mal hier im Einwohnerrat neben mir sitzt. Er war Hauptabteilungsleiter Finanzen ad interim bis Ende Dezember. Der neue Hauptabteilungsleiter, Franco Guzzetta, sitzt im Zuschauerraum. Er wird die Freude haben, nächstes Mal neben mir zu sitzen, wenn ich den Finanzplan respektive finanzielle Ausführungen machen darf. Der Dank geht auch an die Fireko, welche den Finanzplan und das Budget 2013 geprüft hat.

René Imhof, Fireko-Präsident: Ich erlaube mir, den Bericht der Fireko vorzulesen zum Voranschlag 2013 und Finanzplan 2013 bis 2017. Der Voranschlag 2013 rechnet mit einem Defizit von CHF 1'312'000. Die höheren Aufwendungen entstehen vorwiegend im Bereich Personalaufwand und Abschreibungen. Letztere bedingt durch die verstärkte Investitionstätigkeit im Jahr 2012. Auch ist mit einer Verringerung aller Einnahmepositionen zu rechnen, womit die Diskrepanz zwischen Ertragsrückgang und Defizit noch verstärkt wird. Deshalb wird für das Jahr 2013 ein Verlust von CHF 1'131'200 budgetiert, was unmittelbar eine Auswirkung auf den tiefen Selbstfinanzierungsgrad hat. Die Fireko wird in dieser Legislatur Strukturvergleiche zwischen Gemeinden ähnlicher Grösse analysieren. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, warum Allschwil im Vergleich zu Reinach einen um CHF 7'400'000 höheren Bruttoaufwand aufweist. Alle Positionen der Ertragsanalyse wie Steuerertrag, Regalien, Konzessionen, Vermögenserträge, Entgelte, Beiträge ohne Zweckbindung, Rückerstattungen und Gemeinwesen sind tiefer budgetiert als im Jahr 2011, mit Ausnahme der Beträge, welche unverändert bleiben. Für das Jahr 2013 wird mit CHF 1'145'000 weniger Steuererträgen geplant, als diese sich noch in der Rechnung 2011 ergeben haben. Die Gesamtaufwendungen 2013 werden gegenüber der Rechnung 2011 ohne Einlagen in die Sonderfinanzierungen um CHF 5'400'000 höher ausfallen. Wie schon oben erwähnt, basieren die höchsten zusätzlichen Aufwendungen auf den Zunahmen im Personalaufwand und den erhöhten Abschreibungen. Die Liquidität, welche Ende 2011 CHF 27'000'000 betragen hat, war unter anderem der Übertragung der Sekundarschulhausbauten an den Kanton zu verdanken und kann für die Finanzierung der Investitionen eingesetzt werden. Das Jahr 2013 wird uns voraussichtlich ein Defizit von mehr als CHF 1'000'000 bescheren. Um diesem Defizit entgegenzuwirken, wurde der Workshop "Reduzieren der Ausgaben und Erhöhung der Einnahmen" im Frühling 2013 bewilligt. Wenn der Workshop konkrete Sparmassnahmen aufzeigen würde, hätte dies keinen Einfluss mehr auf das Ergebnis 2013, dennoch sollte dieser Workshop gegründet werden.

Finanzplan 2013 bis 2017. Nach drei hervorragenden Abschlüssen 2009 bis 2011 verdunkeln sich die Wolken am Finanzhimmel von Allschwil. Die sich öffnende Schere zwischen Aufwand und Ertrag für die Jahre 2013 bis 2017 darf nicht unterschätzt werden. Die kumulierten prognostizierten Verluste 2013 bis 2017 betragen total CHF 16'000'000. Per 2017 wird ein Defizit von CHF 4'541'000 prognostiziert. Die hohen anstehenden Investitionen in den Jahren 2013 bis 2017 über insgesamt 86'000'000, wovon allein das Projekt unser neues Schulhaus CHF 53'000'000 umfasst, können infolge der jährlichen Defizite nur zu einem geringen Anteil selbst finanziert werden. Der Selbstfinanzierungsgrad im Finanzplan 2013 bis 2017 beträgt durchschnittlich nur 18% anstatt der angestrebten 100%. Das bedeutet, dass nur 18% aller Investitionen durch Steuereinnahmen finanziert werden. 82% müssen über neue Verschuldung oder den Verkauf von Finanzvermögen der Gemeinde Allschwil finanziert werden. Hierzu kommt die anstehende Sanierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse. Zurzeit besteht weitgehend Unklarheit bezüglich Sanierungsdauer und -betrag. Wenn in die kommende Finanzplanung gegen CHF 50'000'000 für die Sanierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse miteinbezogen werden, beträgt die Nettoverschuldung der Einwohnergemeinde Allschwil Ende 2017 fast CHF 120'000'000. Dies entspricht einer Nettoverschuldung von über CHF 5000 pro Einwohner. Die Schuldenhöhe gilt bei einem Zinsanstieg mit steigender Zinslast oder einer Konjunkturabschwächung mit sinkenden Steuererträgen als finanziell nicht mehr tragbar. Die Fireko erachtet eine bis zu 40 Jahre dauernde Amortisation der Verschuldung durch die Pensionskassensanierung als äusserst fragwürdig. Eine Steuererhöhung wäre als letzte Konsequenz unabdingbar. In diesem Zusammenhang weist die Fireko daraufhin, dass die sogenannte Vorfinanzierung für das Projekt unser neues Schulhaus eine rein buchhalterische Massnahme ist, und keinen entlastenden Einfluss auf die Neuverschuldung oder Finanzierbarkeit von Investitionsprojekten hat. Angesichts dieser düsteren Ausgangslage und im Hinblick auf die anstehenden Investitionsvorhaben erwartet die Fireko vom Gemeinderat einen Massnahmeplan für einen langfristig ausgeglichenen Finanzhaushalt. Die Fireko ist der Ansicht, dass die grossen Investitionsvorhaben nur bei langfristiger gesicherter Finanzierung sowie Klarheit über die finanziellen Auswirkungen der Sanierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse in Angriff genommen dürfen. Insbesondere möchte die Fireko

darauf hinweisen, dass die Investition des Projekts unser neues Schulhaus (CHF 53'000'000) nochmals unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Tragbarkeit geprüft werden soll. Tatsache ist, dass die Gemeinde Allschwil im letzten Jahr in seichten Gewässern schiffte. Jedoch droht uns eine Zukunft mit Blick und Fahrt in ein Gewitter. Ein Jahr danach fährt dieses Schiff immer noch in Richtung des Sturms, ohne dass vom Kapitän eine Kursänderung befohlen wurde.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich es nicht unterlassen, den Kolleginnen und Kollegen in der Fireko zu danken für die geleistete ambitionierte, konstruktive und kompetente Mitarbeit.

Armin Bieri, SP-Fraktion: Im Namen der SP-Fraktion möchte ich einen generellen Kommentar abgeben zum Finanzplan. Er sieht ziemlich düster aus. Wir sind erstaunt und vermissen neue Zielsetzungen, neue Ideen. Der Finanzplan ist genau gleich wie im letzten und vorletzten Jahr. Wir haben die Pensionskasse, die dazu kommt, und CHF 70'000'000 bis CHF 80'000'000 zusätzlich kosten wird. Wir haben die Sozial- und Gesundheitsausgaben. Wir haben keinen Plan B, wie wir das machen, damit wir bessere Finanzen haben. Da haben wir ein bisschen mehr erwartet.

Der Bericht der Fireko hat auch Erstaunen ausgelöst, vor allem das Fazit. Man müsse beim neuen Schulhaus, bei den CHF 53'000'000, nochmals über die Bücher gehen. Das ist unserer Ansicht nach ziemlich falsch. Das ist ein Muss, das ist gegeben. Dann kommt noch die Pensionskasse dazu. Da schreibt die Fireko richtig, dass wir eventuell um eine Steuererhöhung nicht herumkommen. Das Schulhaus ist aus unserer Sicht gesetzt. Wenn die Finanzierung der Pensionskasse wirklich so teuer kommt, dann hat es zwingend eine Steuererhöhung zur Folge. Wir finden das Schulhaus zwingend. Economiesuisse hat eine Studie in Auftrag gegeben für eine Umfrage. Dort wurde die steuerliche Belastung von den Mitglieder von Economie Suisse als fünfter Punkt genannt, bei der Entscheidung, ob man an einen Ort geht. Punkt 1 – 3 sind das Bildungsangebot, die Verkehrssituation und die Strukturen der Gemeinde wie Tageskindergarten etc. Die Steuern kommen an Punkt 5. Es ist nicht der entscheidende Punkt, ob man 58% oder 60% Steuern hat. Aber ob man ein gutes Schulhaus und ein gutes Bildungsangebot hat, das ist entscheidend.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wir von der GLP/BDP-Fraktion zeigen uns ebenfalls besorgt von dieser Trendwende bei den Gemeindefinanzen. Vor allem zeigen wir uns besorgt über die drohenden strukturellen Defizite. Wir sind auch besorgt über die Ungewissheit bezüglich der Pensionskassensanierung und vor allem auch über die hohe Verschuldungszunahme. Wir befürchten, dass uns eine Verschuldungsfalle droht, wenn der Gemeinderat nicht rechtzeitig Gegensteuer gibt. Wir setzen ein grosses Zeichen zur Finanzierbarkeit des Schulhausprojekts. Es ist nun Sache des Gemeinderates, wie man das Grossprojekt finanzieren kann, wie auch die Pensionskasse zu finanzieren ist und wie wir das strukturelle Defizit bekämpfen können. Wir meinen, dass der Gemeinderat den Workshop baldmöglichst in Angriff nehmen sollte. In der Privatwirtschaft würde man in dieser Situation sehr schnell reagieren.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Die CVP Allschwil nimmt diesen Finanzplan zur Kenntnis und dankt allen Beteiligten für ihre grosse Arbeit. Erlauben Sie mir wie immer noch ein paar kritische Worte. Seit Jahr und Tag sage ich hier drin, dass die Gemeinde Allschwil keine so schlechte Finanzlage hat, wie sie immer dargestellt wird. Die letzten paar Jahre waren wir finanziell sehr erfolgreich. Wir haben ein Polster geschaffen und konnten Rückstellungen bilden. Wie heute Abend wieder argumentiert, wurde die Finanzlage schlecht gemacht, so glaube ich, kriegen wir kein Schulhaus durch. Wenn ich zuhause jammere, dass wir kein Geld haben, dann fragen sie irgendwann, wie es denn weiter geht. Wir hier jammern einfach und es fragt niemand, wie es weiter geht.

Der Bericht der Fireko schlägt aus allem Rahmen. Wir reden dort von einer Verschuldung von CHF 120'000'000. Man redet von einer Prokopf-Verschuldung von CHF 5'000. Welche Zahl ist nun richtig? Diese im Bericht des Gemeinderates oder die aus dem Bericht der Fireko? Eine solche Diskrepanz sollte nicht sein zwischen einem Bericht und einer Vorlage. Im Bericht der Fireko, das finde ich nicht ganz gut formuliert, steht: Für das Jahr 2013 wird mit CHF 1'150'000 weniger Steuererträgen geplant. Weshalb? Vielleicht kann mir das jemand sagen. Wenn wir beim Voranschlag sind, dann können wir lesen beim Gemeinderat, dass er sich auf die Zahlen des Kantons abgestellt hat. Ich meine, dass dies falsch ist. Was der Kanton annimmt, das ist gut, die haben erfahrene Leute dort und die machen das richtig. Aber die Gemeinde Allschwil ist eine Gemeinde, die sich entwickelt. Sie hat sich entwickelt in Sachen Bevölkerung, wir haben sehr grosse Überbauungen gemacht. Es stehen noch weitere Überbauungen an. Da kommt doch Steuersubstanz rein. Wir haben im linksufrigen Bachgrabengebiet sehr gute Firmen, die neu Steuerzahler geworden sind in Allschwil. Ich meine nicht Actelion, sondern andere. Beim Gewerbe können wir Einnahmen generieren. Ich meine, wir sollten unbedingt einen anderen Weg einschlagen.

Ich finde CHF 50'000'000 auch viel Geld für ein neues Schulhaus. Aber ich will dieses Schulhaus und ich will es der Bevölkerung verkaufen können. So wie hier in diesen Vorlagen gejamert wird, sehe ich schwarz. Ich habe einen letzten Punkt zur Liquidität, 1.3. Dort steht, dass wir eine Liquidität haben Ende Jahr von CHF 27'000'000. Wir haben CHF 27'000'000 flüssiges Geld in der Kasse, das ist sehr positiv. Dies geht irgendwann einmal weg, das ist mir klar. Hier steht, dass es hauptsächlich aus dem Verkauf der Sekundarschulhausbauten sei. Das stimmt nur teilweise. Ein anderer Grund ist, dass die Gemeinde Allschwil eine vorrätige Kreditaufnahme gemacht vor ein oder zwei Jahren getätigt hat. Das zeigt sich hier in dieser hohen Liquidität.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Mein Vorredner hat es bereits gesagt, die CVP-Fraktion nimmt den Finanzbericht zur Kenntnis. Im Grunde genommen haben wir ihn bereits zur Kenntnis genommen, als er uns nach Hause geschickt wurde. Es schleckt keine Geiss weg, dass dieser Finanzplan eine Verdunklung der Wolken am Finanzhimmel ist, das wurde auch von Gemeinderätin Nüssli ausgeführt. Wir hatten auf den Folien viele Non-Smileys. Wir finden auch, dass das neue Schulhaus nicht angetastet werden darf, es muss gebaut werden. Die Gemeinde braucht das Schulhaus. Jeder Privathaushalt kann auch nicht sagen, dass, wenn es schlecht geht, Rechnungen nicht bezahlt werden. Es ist wichtig, dass wir die Finanzen in den nächsten Jahren im Auge behalten. Aber Panik oder Kurzschlussreaktionen wären sicher fehl am Platz.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Wir möchten zuerst allen danken, die am Papier mitgearbeitet haben, das ist eine grosse Arbeit. Wir finden es auch nicht lustig, wie es aussieht. Mit dieser Voraussetzung eine riesige Investition zu planen, ist nicht Judihui und Trallala. Bei allem Verständnis für das, was Kurt Kneier gesagt hat, macht es mir Bauchweh. Für mich als Nichtbuchhalterin sind gewisse Zahlen nicht im Kässeli vorhanden. Dies alles macht uns Bauchweh. Wir können nicht bauen und bauen und bauen, und meinen, es braucht nicht mehr Kindergärten und Schulhäuser, sowie später Plätze im Altersheim. Es kann nicht das eine ohne das andere sein. Das Schulhaus braucht es, wir können die Kinder nicht draussen stehen lassen. Auch die Kindergärtner brauchen einen Kindergarten. Wenn man A sagt, muss man auch B sagen.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Der vorliegende Bericht bestätigt die Entwicklung des Vorjahres. Es steigen nicht nur die gebundenen Aufwände, sondern auch die ungebundenen Ausgaben. Allschwil wird mehr ausgeben, als einnehmen. Wenn jetzt nicht auf diese Entwicklung reagiert wird im Hinblick auf die Haushaltsdefizite, die kommen, wird durch die Finanzierungsgrossprojekte „Unser neues Schulhaus“, die Kindergärten und die Sanierung der Pensionskasse eine Steuererhöhung kommen. Zum Bericht der Fireko. Ich bin nicht Finanzfachmann, aber er ist leider unvollständig und vielleicht sogar mangelhaft, Entschuldigung. Der Steuerertrag 2013 steigt um 3,5% und sinkt nicht, wie es in 1.1 dargestellt wird, im Vergleich zum Vorjahr. Es fehlt auch eine Würdigung des Investitionsbudgets und der Voranschläge der Spezialfinanzierung. Es ist die Aufgabe der Fireko, dazu etwas zu sagen. Wenn wir im Rat zu wenig Kapazitäten haben oder die Kompetenz nicht bei der schwierigen Aufgabe der Kontroll- und Aufsichtsorgane für die Komplexität, dann müssen wir uns überlegen, ob in ausserordentlichen Situationen ausserordentliche Massnahmen nötig sind, und wir als Kontrollorgan Experten zuziehen, die uns beraten, damit wir unseren Auftrag wahrnehmen können.

Rahel Balsiger, FDP-Fraktion: Wir von der FDP-Fraktion nehmen den Finanzplan und den Bericht zur Kenntnis. Uns ist es auch ein Anliegen, dass wiederkehrende Kosten nicht jährlich steigen. Bei einem Ja zum Schulhaus sollte man mit den Ansprüchen zurückhaltend sein und Ausgaben dreimal überlegen. Uns ist es auch klar, dass die Sanierung eines bestehenden Schulhauses auch sehr teuer ist. Ein neuer Schulhausbau wird grundsätzlich begrüsst. Bei den Ansprüchen muss man vielleicht aufpassen. Ich persönlich möchte mich für die Kritik und das Feedback bedanken, da ich den Bericht geschrieben habe.

Roland Naef, FDP-Fraktion: Ich habe mir ein paar persönliche Gedanken gemacht zum Finanzplan. Was sicher sein muss, wenn man Investitionen tätigen möchte, die jetzt anstehen, ist der Verkauf von Grundstücken, und zwar nicht im Baurecht, wie hier immer wieder gefordert wird. Wir müssen das eine oder andere Grundstück veräussern, um Einnahmen zu generieren. Ich glaube, es ist dringend notwendig, dass die Gemeinde Allschwil ein Gesamtentwicklungskonzept hat und nicht einzelne punktuelle Konzepte wie Grünflächen und wo man einen Park macht und wo nicht. Wir sollten uns überlegen, wo wir in den nächsten Jahren hingehen. Auch bei der neuen Überbauung beim Ciba-Sportplatz gibt es 260 neue Wohnungen. Da sind sicher 200 neue Einwohner darunter, also 200

Steuerzahler, die hierhin kommen. Wenn man den Finanzplan von heute anschaut, der nächstes Jahr und übernächstes Jahr gleich sein wird, dann sollten wir schauen, wo wir hin möchten in der nächsten Zeit und wie können wir Einnahmen generieren. Was passiert beim Gewerbegebiet hinten etc.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um ein paar Gedanken aufzugreifen. Das erste ist die Diskussion um das neue Schulhaus. Auch das Sanieren von altem Schulraum kostet enorm viel Geld. Im Vordergrund steht Harmos. Wir müssen ein Primarschuljahr mehr bedienen in Allschwil, das sechste Jahr, das ist einer der Hauptgründe. Wir haben die Tagesschule und den Tageskindergarten beschlossen. Das hat alles Konsequenzen, das sind alles bereits beschlossene Ausgaben, die von grosser Bedeutung sind und grosse Auswirkungen haben. Auf die Pensionskasse kommen wir nochmals zurück. Bei den Steuereinnahmen haben wir uns am BAK orientiert, das ist ein einigermaßen realistischer Wert. Wir können hoffen, dass es in der Gemeinde Allschwil gut weitergeht, aber das Prinzip Hoffnung wollten wir im Finanzplan nicht abzeichnen, das wäre falsch. Fakt ist, dass wir in den letzten Jahren die Steuereinnahmen bei den juristischen Personen steigern konnten. Wir gehen auch davon aus, dass dies weiterhin möglich sein wird. Ich möchte nicht das allzu schwarze Bild malen, welches wir jetzt an die Wand gemalt haben. Das haben wir 2002 auch gemalt. Bauen wir auf die Zukunft und schauen wir, wie es weitergeht. Ich habe vorhin gehört, dass wir keinen Plan B haben und von Workshops. Ich weiss nicht, was Sie denken, was wir den ganzen Tag tun. Wir denken tagein und tagaus. Wenn jemand einen Plan B hat, dann nehme ich diesen heute gerne entgegen. Wir werden zum Schulhaus mit einem Finanzierungskonzept kommen, wo wir grundsätzlich dahinter stehen können. Wir werden auch Konzessionen machen müssen, um das Schulhaus zu finanzieren. Wir haben nicht einfach die Wahl zu sagen, dass wir es möchten oder nicht. Die Alternative wäre der Totalausbau, Anbau und Umbau des Gartenstrasse-Schulhauses oder die Totalsanierung des Bettenacker-Schulhauses bis zur Grundmauer. Da müssen Sie sich der Konsequenzen bewusst sein, nebst dem, dass wir immer noch Platz benötigen für die Tagesschule und das sechste Primarschuljahr. Die Diskussion, wo die Gemeinde Allschwil den Hebel ansetzen kann, ist nicht primär eine Steuererhöhung. Ein Steuerprozent bei uns macht CHF 600'000 bis CHF 700'000 aus. Bei diesen Grössenordnungen ist das nicht zielführend. Für mich ist die Wirtschaftsförderung von zentraler Bedeutung. Letztendlich konnten wir bei den juristischen Personen seit 2006 von CHF 4'500'000 auf rund CHF 15'000'000 Steuereinnahmen von juristischen Personen steigen. Da liegt schlussendlich die Kraft der Gemeinde Allschwil und daran müssen wir weiterarbeiten. Wir dürfen positiv in die Zukunft schauen und nicht ein schwaches Bild malen. Das Bevölkerungswachstum wird immer wieder angesprochen. Die Gemeinde Allschwil hat kein Ziel beim Bevölkerungswachstum. Das sind private Investoren, die in Allschwil einen guten Standort gefunden haben. Wenn es darum geht, dass nachher 260 Wohneinheiten gebaut werden, dann wissen wir auch, dass diese Wohneinheiten nicht automatisch zu einem rasanten Bevölkerungsanstieg führen in der Gemeinde Allschwil. Normalerweise wird der Wohnraum kompensiert durch die Nutzung von Mehrwohnraum. Damit ist der Wohnraum verbraucht und es führt nicht automatisch zu einem rasanten Anstieg von Einwohnerinnen und Einwohnern. Wir hatten auch mal 18'700 Einwohnerinnen und Einwohnern. Heute sind wir bei rund 19'000. Wir haben eine Differenz von 1000 hinter uns in den letzten zehn Jahren und niemand hat es so richtig bemerkt. Bitte beachten Sie, dass unser System recht dynamisch ist. Wir fallen nicht von der einen Sorge in die andere, sondern wir haben die Möglichkeit darauf zu reagieren. Diese Möglichkeiten wird der Gemeinderat nutzen, da sind wir daran.

Christoph Benz, EVP/Grüne-Fraktion: Noch eine Frage an dich Toni, vielleicht kannst du diese am besten beantworten. Wir haben einen Finanzplan erhalten für die nächsten vier bis fünf Jahre. Ich nehme an, dass der Gemeinderat weiter vorausschaut. Wir haben gesehen, dass es bis 2017 immer dunkler und schwärzer wird. Das hat gute Gründe, wir müssen ein neues Schulhaus bauen wegen Harmos. Wir haben die Kindergärten, die Tagesschule usw. Irgendwann sind diese Gebäude gebaut. Natürlich kommen neue Aufgaben auf uns zu, aber die Last wird vermutlich wieder abnehmen. Wie sieht die Erwartung für die Jahre 2018 usw. aus.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Wir haben einen Investitionsplan gemacht bis ins Jahr 2020, diesen könnte man weiterführen bis ins 2030. Wir haben dort die Priorisierung von Investitionen gemacht. Darin ist die Sanierung des Gartenstrassen-Schulhauses respektive der Ersatz auf Platz 1, darum sind wir dort daran. Aus Sicht der Gemeinde Allschwil werden wir aufzeigen, wie das Liegenschaftsmanagement in Zukunft aussehen wird. Da reden wir von einem langen Zeithorizont. Welche Parzellen brauchen wir wirklich für welchen Nutzen. Wenn ich vom Nutzen ausgehe, dann gehe ich davon aus, dass das Schulhaus den Bedarf auf ein paar Jahre deckt. Damit stellt sich die Frage des Alterszentrums. Da sind wir schon daran, aber es könnte sein, dass es einen neuen oder einen weiteren Standort brauchen wird. Die Gemeindeverwaltung als solches überprüfen wir auch, ob es Bedarf braucht. Wir haben Umland, man

könnte bei der Gemeindeverwaltung noch aufstocken. Wir hätten auch noch ein paar andere Optionen, um Platz zu erhalten, falls es nötig ist. Diese möchte ich aber nicht morgen in der Presse lesen. Wir sind daran, Alternativen zu schaffen. Es gibt noch andere Gebäude, welche wir miteinander diskutieren, das ist die Nachnutzung des Schulhaus Bettenacker, das Areal, und das ist die Nachnutzung des Schulhauses Gartenstrasse, und das ist die TUK, das sind die nächsten Themen, die sich stellen werden. Wir reden nicht nur vom Hochbau, sondern wir müssen auch beim Tiefbau investieren. Dort machen wir das gleiche, einfach damit es nicht vergessen geht. Da planen wir langfristig voraus.

Rolf Adam, Präsident: Wenn es keine Wortmeldungen mehr gibt, kommen wir zur Detailberatung.

Jürg Vogt, 2. Vizepräsident:

1. Rechtsgrundlage, Methodik und getroffene Annahmen

2. Finanzplanung 2013 – 2017

2.1 Einwohnergemeinde

2.2. Spezialfinanzierung Wasserversorgung

2.3 Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung

2.4 Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung

3. Zielerreichungen / Schlussfolgerungen

4. Antrag

Rolf Adam, Präsident: Wir stimmen über den Antrag ab.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt der Gemeinderat wie folgt zu beschliessen:
Vom Finanzplan der Einwohnergemeinde sowie von den Finanzplänen der Spezialfinanzierungen Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Abfallbeseitigung 2013 – 2017 wird Kenntnis genommen (Geschäft 4085).

//: Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

//: Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

PAUSE

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen zu den Interpellationen, zur Pensionskasse.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Wir haben heute zwei Schwerpunkte miteinander diskutiert. Beide sind nicht traktandiert, aber trotzdem von grosser Bedeutung. Das eine ist das Projekt unser neues Schulhaus, und das andere ist die Frage der Pensionskasse. Ich möchte zum Schulhaus nochmals etwas sagen, damit es für alle ganz klar wird. Es wird deutlich mehr kosten als CHF 53'000'000. Letztendlich ist dies der Bau des Schulhauses. Damit haben wir noch keinen Beamer, keine Wandtafel, kein ICT und nichts in diesem Schulhaus. Es kommt auch noch der Schulhausausbau dazu, nur damit ich dies einmal gesagt habe. Wir haben den Auftrag des Einwohnerrates erhalten, einen Finanzierungsvorschlag zu unterbreiten. Das werden wir tun, aber wir werden dort miteinander interessante Diskussionen bezüglich Finanzierung führen. Finanzierbar ist es, das ist klar, aber die Frage ist wie. Roland Naef hat vorhin einen

Fingerzeig gemacht, wie das aussehen kann, zum Beispiel über die Veräusserung einer Parzelle.

Darüber kann man sich jetzt bereits über die Weihnachten Gedanken machen.

Wir machen uns bereits seit langem Gedanken zur Pensionskasse. Wie Sie alle wissen, gehen wir davon aus, dass wir in Allschwil bei einer Deckungslücke von rund CHF 42'000'000 sind. Das ist enorm viel Geld. Beim Kanton ist es noch viel mehr, das kann man sich auch vorstellen. Die Bundesgesetzgebung hat sich geändert, das BVG wurde revidiert. Man muss die bevorstehenden Revisionen auch umsetzen, das gilt für den Kanton und für die Gemeinden, Zeitpunkt ist der 1.1.2014. Für den Kanton und die Gemeinden heisst dies, die Ausgangslage neu zu definieren, Varianten miteinander zu diskutieren, aber auch zum jetzigen Zeitpunkt Handlungsfreiheiten abzustecken. Auf diese möchte ich kurz eingehen. Ich bin froh, wenn das Budgetpostulat zurückgezogen wird, wenn ich dies beantwortet habe. Ich möchte gerne zu diesem Zeitpunkt auf die Pensionskassendiskussion eingehen. Wir haben ein paar Fragen dazu bekommen:

Wie beurteilt der Gemeinderat die aktuelle Situation bezüglich der heute gültigen Absichten des Kantons? Grundsätzlich kann ich folgendes feststellen aus der Sicht der Gemeinde. Ihr wisst alle, dass ich auch noch für die Polizei beim Kanton dabei bin, darum habe ich ein relativ gutes Vorwissen. Wir haben eine Deckungslücke, der Markt hat diesen Beitrag nicht geliefert, den man in den letzten Jahren erwartet hat. Man kann auch feststellen, dass grundsätzlich die Anlageperformance der Basellandschaftlichen Pensionskasse im Durchschnitt nicht schlechter ist, als diejenige von anderen Kassen. Es ist glasklar, dass sich das Verhältnis von Rentnern zu Aktiven zu Ungunsten der Kasse verschlechtert hat. Wir haben immer mehr Rentner und weniger Aktive, die immer mehr Rentner finanzieren müssen. Dann haben wir auch die Politik, wo man sich selber an der Nase nehmen darf, welche nicht immer dafür gesorgt hat, dass die Leistungen, die versprochen wurden, am Schluss auch finanzierbar waren. Dies hat zur Deckungslücke geführt, beim Kanton vielleicht noch speziell aufgrund der Staatsgarantie, welche die Deckungslücke legitimiert hat, aber letztendlich trotz allem nicht finanziert hat. Nun muss man sie nachträglich finanzieren. Die Situation im Landrat ist die, dass die Vorlage in der Finanzkommission ist, dort wird sie intensiv diskutiert. Die Debatte im Landrat wird erst im nächsten Jahr stattfinden, wir wissen zum jetzigen Zeitpunkt nicht, wann tatsächlich Fakten vorliegen werden. Wir kennen die Landratsvorlage, aber die definitiven Beschlüsse, welcher der Landrat fällen wird zur Pensionskasse für das Staatspersonal und die drei möglichen Anschlussvarianten für die Gemeinden, sind zum heutigen Zeitpunkt noch nicht bekannt. Dazu werden wir erst anfangs nächstes Jahr im Frühling Klarheit haben. Damit haben wir zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Beschlüsse gefasst. Die Basis der Erkenntnisse ist noch nicht gegeben.

Was wird angestrebt beim Kanton? Die Diskussion geht um die Vollkapitalisierung versus Teilkapitalisierung. Es kann ein Ausgangsdeckungsgrad definiert werden oder man geht zur Vollkapitalisierung. Wir nehmen dies so zur Kenntnis. Bei der Teilkapitalisierung besteht die Angst, dass wir bald wieder neu anfangen müssen mit sanieren, und das möchten wir nicht. Es gibt verschiedene Finanzierungsvarianten. Die 40 Jahre wurden heute bereits genannt. Es gibt auch die Möglichkeit, dass wir Kapital am Markt aufnehmen, um den Deckungsbeitrag zu erhöhen. Unbestritten ist für uns der Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat. Wenn man sich fragt, was die aktuelle Diskussion für die Gemeinde Allschwil bedeutet, dann ist es für mich aufgrund der Diskussion beim Bund und Kanton bei der Gemeinde folgendes: Wir haben verschiedene Wahlfreiheiten. Wer die Wahl hat, hat die Qual. Wir haben die Wahl, ob und welche Pensionskasse wir in Zukunft nutzen werden. Das ist die Möglichkeit, die uns die aktuelle Diskussion gibt. Wir haben die Wahl der Ausfinanzierung. Das heisst, wir müssen im jetzigen Zeitpunkt nicht sagen, nach welchem Schema wir ausfinanzieren. Wir können auch Kapital aufnehmen zu 0,9% auf 20 Jahre und damit eine andere Finanzierungsform wählen, anstelle während 40 Jahren CHF 40'000'000 zu verzinsen. Einen kleineren Spielraum haben wir bei der Wahl des Vorsorgeplanes. Die Landratsvorlage schlägt drei Vorsorgepläne vor. Dieses Angebot ist im Verhältnis zu privaten Lösungen eher klein. Wir haben die Wahl, ob wir eine Besitzstandslösung anstreben möchten. Der Kanton hat die Lösung der FHNW aufgenommen. Diejenigen, die bereits seit längerem beim Staat arbeiten, sollten nicht weniger Leistung erhalten, wenn sie in Pension gehen. Wir haben die Wahl, ob wir die Teuerung auf die Rentner weitergeben möchten. Das Kanton halbiert die Teuerung auf Renten. Wir können uns überlegen, ob wir sie wollen oder nicht. Wir haben auch die Wahl beim Finanzierungsmodell. Beim Kanton reden wir zurzeit von 45% zu 55% für die Ablösung der Deckungslücke, man kann auch 60% zu 40% oder 50% zu 50% diskutieren. Das sind die Handlungsfreiheiten, die wir haben. Letztendlich stellt sich noch die Zauberfrage, und die möchte ich in den Raum stellen. Wir leben alle relativ eng aufeinander und möchten gerne alle die best qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Da möchte ich die ganze Aufregung und Hektik, die zurzeit herrscht, etwas runtersetzen. Es wird kaum so sein, dass eine Gemeinde eine bedeutend kostengünstigere, also aus der Sicht des Arbeitnehmers schlechtere, Kassenlösung anbieten kann als eine andere. Ansonsten läuft man in Gefahr, dass man als Arbeitgeber weniger attraktiv ist. Vor diesem Hintergrund bin ich überzeugt, dass sich mit der Zeit eine Lösung abzeichnen wird, welche der Kleinräumigkeit unseres Kantons gerecht wird.

Ich werde von Niklaus Morat und von Andi Bammatter gefragt, was die Absichten und Ziele sind. Wir möchten die Fragen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beantworten. Uns ist es klar, dass wir mit der

Pensionskasse irgendwann im Einwohnerrat sein werden, egal ob dies ein neuer Anschlussvertrag ist an die Basellandschaftliche Pensionskasse oder ob es eine private Kasse ist oder eine neue. Wir müssen diese Fragen beantworten und miteinander diskutieren. Das gleiche gilt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Ziel, das wir definiert haben, das ist eines meiner Lieblingswörter, ist die Handlungsfreiheit zu wahren. Wir müssen sicherstellen, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt, wo noch alles offen ist und diskutiert wird und der Endzustand noch nicht absehbar ist, uns die bestmögliche Handlungsfreiheit wahren.

Es ist klar die Aufgabe des Gemeinderates, Alternativen zu prüfen für die Kassenlösung und verschiedene Finanzierungsmodelle. Ich gehe jetzt ins Detail, was machen wir bei den Absichten und Zielen. Das erste Ziel: Politik und Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Wir haben bei der Vernehmlassung zur Vorlage des Kantons eine interne Arbeitsgruppe gebildet, wo auch die Fireko vertreten war, um gemeinsam eine Vernehmlassung zu erarbeiten zuhanden des Kantons. Das ist als solches ein wesentlicher Punkt. Wir werden im Dezember nochmals eine Orientierung machen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde Allschwil im Rahmen eines Orientierungsanlasses und einem kleinen Apéro, wo wir auf die Pensionskassenthematik eingehen werden. Ein anderer weiterer wesentlicher Punkt ist, dass wir Einsitz nehmen werden in der sogenannten G16plus2. Die Zahl ändert sich offensichtlich immer wieder. Das sind 16 Unterbaselbieter Gemeinden und 2 Oberbaselbieter Gemeinden, dies nach meinem Wissensstand. Diese Gemeinden haben sich zusammengetan, um die Diskussion zwischen den Gemeinden und in den Gemeinden zu koordinieren. Wir werden dort begleitet durch externe Pensionskassenspezialisten. Der eine war bereits dabei, als wir uns vernehmen haben lassen zur Vorlage des Kantons, Dr. Christoph Plüss. Und dann ist da noch Dr. Martin Wechsler, der uns berät in diesem Gremium dieser Gemeinden. Dort geht es vor allem auch darum, dass wir die Vorgehensweise koordinieren. Ein weiterer Aspekt ist der VLBG. Der Verband der Baselbieter Gemeinden ist involviert und nimmt sich dieser Thematik an. Er hat sich zu diesem Thema auch bereits vernehmen lassen zugunsten aller Gemeinden. Das ist das Gefäss der Information, welches ich hier ansprechen darf.

Es geht um die Frage der Handlungsfreiheit. Wie garantieren wir die Handlungsfreiheit und wie könnte dies aussehen. Im Vordergrund steht die Frage einer sogenannten vorsorglichen Kündigung. Juristisch gesehen kann man ein paar Fragen dazu stellen. Ganz konkrete Antworten wurden uns dazu noch nie gegeben. Der Gemeinderat hat heute an der Sitzung beschlossen, den Vorsorgevertrag vorsorglich zu kündigen. Dies vor allem mit dem Hinweis an den Kanton, ein politischer Fingerzeig, dass wir erwarten, dass die Interessen und die Anliegen der Gemeinden gehört werden, und dass man ernsthafte Alternativen prüft. Ich möchte klar betonen, dass es ein politischer Fingerzeig ist, den wir hier setzen. Das steht für den Gemeinderat klar im Vordergrund. Wer weitere juristische Details wissen möchte, muss sich mit dem Anschlussvertrag der Gemeinde Allschwil und mit Artikel 53f BVG auseinandersetzen, das ist relativ kompliziert.

Andere Fragen, die sich für uns stellen, ist die Frage der Alternativen. Es gibt verschiedene Alternativen, welche zurzeit diskutiert werden. Eine von denen ist die klassische Alternative, der Verbleib bei der BLPK. Da gibt es gewisse Vorteile. Sie hat relativ tiefe Verwaltungskosten. Sie hat eine Anlageperformance, die grundsätzlich in Ordnung ist. Man hat einen erhöhten Aktienanteil im Verhältnis zu anderen. Es ist die grosse Mehrheit dabei und wird am Schluss wahrscheinlich auch die grosse Mehrheit sein. Beim Leistungsniveau geht es auch um die Konkurrenzsituation zwischen Gemeinde und Gemeinde sowie Gemeinde und Kanton, und um gut qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Diese beiden Aspekte sprechen für die BLPK. Eine andere Möglichkeit wäre der Anschluss an eine private Pensionskasse. Dieser Anschluss an eine private Pensionskasse ist zurzeit in Diskussion. Wir werden dies prüfen und aufgrund von zwei Mustergemeinden schauen, wie ein privater Anschluss aussehen könnte, und welche Bedeutungen und Konsequenzen dies hätte. Das Resultat ist noch offen, wir erwarten dies anfangs nächstes Jahr. Ein gewisses Risiko gibt es. Wir wissen alle, dass der technische Zinssatz bei 3% liegt. Wenn man den Durchschnitt anschaut, dann sind wir bei 3,3%. Wir waren aber auch schon deutlich darunter. Eine andere Idee, welche wir zurzeit prüfen, auch zusammen mit den Experten in den verschiedenen Gremien, ist die Gründung einer eigenen Pensionskasse durch mehrere Gemeinden. Die Gemeinden würden zusammen eine solche Kasse anstreben, was theoretisch möglich wäre. Was wir garantiert machen müssen, ist die Bildung einer sogenannten Vorsorgekommission. Egal, was sein wird, wir werden aus der Sammelstiftung hinauskommen in einen eigenen Vorsorgeplan, beim Kanton oder privat. Das führt dazu, dass wir eine Vorsorgekommission haben müssen, wo Arbeitnehmer und Arbeitgeber vertreten sind, um die zukünftige Anschlusslösung zu diskutieren. Das hatten wir bisher nicht, aber das werden wir mit Sicherheit machen.

Ein weiterer Punkt, den wir am Überprüfen sind, ist das Finanzierungsmodell. Wir können verschiedene Kreditkonditionen prüfen. Zu welchen Konditionen erhalten wir einen Kredit. Man kann verschiedene Lösungen denken, auch dass die Gemeinden dies miteinander machen. Es gibt auch die Diskussion um die sogenannte Gemeindeinitiative. Da geht es darum, dass die Deckungslücke alleine durch den Kanton finanziert werden soll, um unterschiedliche Lösungen in 86 Gemeinden zu verhindern. Diese Diskussion wird zurzeit geführt und dazu werden momentan rechtliche Abklärungen gemacht.

Wir gehen nach wie vor davon aus, dass wir bei uns im Budget keine Rückstellungen machen dürfen. Vorfinanzierungen wären grundsätzlich zulässig. Wir haben das im Budget 2013 nicht darin, wenn, dann wäre es erst ab 1.1.2014 relevant. Im Finanzplan ist es berücksichtigt. Wir könnten natürlich auf der Gemeinde vorzeitige Pensionierungen haben. Das sind diejenigen, die rechtzeitig gehen möchten, um nicht am Wegkauf der Deckungslücke und der Vergangenheit mitzufinanzieren. Gleichzeitig verlieren sie ihre Überbrückungsrente. Das sind die Überbrückungsrenten der Kasse für die AHV, die noch nicht kommt. Oder es gibt auch den Betrag von maximal CHF 100'000 für Rentenauskauf, weil man früher in Pension geht oder weniger lang bezahlt, 4 x CHF 25'000 während vier Jahren, das ergibt maximal CHF 100'000. Diese Kosten könnten auf die Gemeinde zukommen, wenn es vorzeitige Pensionierungen gibt wegen der Sanierung der Pensionskasse, das haben wir berücksichtigt. Damit habe ich auch einen Teil der Personalkosten angesprochen, was wir nachher zusammen noch diskutieren werden. Das ist die Ausgangslage. Die Absichten habe ich definiert, die Handlungsfreiheiten habe ich erwähnt, die Massnahmen habe ich auch erwähnt. Wir sind in mehreren Arbeitsgruppen dabei und verfolgen diese Zielsetzungen konsequent, im Verbund und nicht im Alleingang. Den Zeitplan für die Mitarbeitenden habe ich auch gesagt. Im Frühling werden wir mehr wissen, wenn der Landrat beschlossen hat. Erst dann werden wir ganz klar beschliessen und definieren, wie es weitergehen soll. Der Zeitplan des Kantons wäre nach wie vor der 1.1.2014. Man hört gerüchteweise immer wieder, dass es nicht nur im Kanton Basel-Landschaft, sondern auch in anderen Kantonen sehr schwierig ist, das Ziel 1.1.2014 umzusetzen, dazu weiss ich noch nichts genaues. Gibt es eine Fristerstreckung und ist es überhaupt möglich oder wie wird das gelöst? Das kann ich zur aktuellen Diskussion über die Sanierung der Pensionskasse und die Gemeinde Allschwil sagen.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Vielen Dank für diese Informationen. Das waren einige Informationen mehr, als wir dies hatten beim Schreiben dieser Interpellation. Es waren auch viel mehr Informationen als damals, als wir in der Fireko über die Pensionskassensanierung geredet haben. Dies bringt uns ein Stück weiter, danke.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Ich möchte mich beim Gemeinderat herzlich bedanken. Besonders freut mich nach meinen vorhergehenden Voten, dass der Gemeinderat engen Kontakt mit Pensionskassenexperten hat. Herr Wechsler ist seit Jahrzehnten eine Koryphäe. Ich hoffe, dass wir eine gute Lösung finden und ich werde schauen, was im Landrat läuft.

01.030 Einwohnerrat
Traktandum 2
Bericht des Gemeinderates vom 12.09.2012 und der
Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 22.11.2012,
zum Voranschlag 2013 der Einwohnergemeinde
sowie Festsetzung der Gemeindesteuern und der
Feuerwehersatzabgabe für das Jahr 2013, Geschäft 4084 / A

Rolf Adam, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist? Das ist nicht der Fall.

Traktandum 2.1.0 **Eintretensdebatte**

Nicole Nüssli, Gemeinderätin: Ich werde Ihnen den Voranschlag 2013 gleich wie beim Finanzplan 2013 bis 2017 anhand ein paar Folien näher bringen. Der Budgetierungsprozess ist abgelaufen wie jedes Jahr. Es gibt keine Besonderheit, ausser dass Herr Rieder diesen begleitet hat anstelle von Dieter Pfister, der die Gemeinde verlassen hat. Diejenigen, die bereits länger im Einwohnerrat sind, kennen diese Folien, aber für die anderen ist es neu. Deshalb erlaube ich mir ein paar Ausführungen zum Budgetierungsprozess. Der Gemeinderat definiert am Anfang des Prozesses immer die Budgetvorgaben, dann erfolgt der Investitionsvoranschlag 2013, und danach kommt die dezentrale Detailbudgetierung. Das heisst, dass in jedem Departement jedes Budget bezogen auf das Departement gesondert

besprochen wird. Anwesend bin immer ich, Toni Lauber und der entsprechende Departementsvorsteher mit dem Hauptabteilungsleiter. Dort wird jede Position von Grund auf hinterfragt und es wird verglichen mit den Vorjahren, ob es wesentliche Abweichungen gibt. Wenn es solche Abweichungen gibt, dann wird konkret nachgebohrt, wo der Grund für die Abweichung liegt. Erst wenn wir zufriedenstellende Antworten haben, erfolgt die Budgetposition in der gewünschten Höhe. Dann wird das Gesamtbudget erstellt, welches auch im Gemeinderat diskutiert wird. Am Schluss der Fireko wird dies besprochen und am Ende der Fahnenstange ist der Einwohnerrat, der das Budget genehmigen darf.

Zu den Budgetvorgaben. Der Gemeinderat ist nach wie vor gewillt, an der strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplanung, respektive der Ziele, die dort definiert wurden, festzuhalten. Das Ziel war, Ihnen eine laufende ausgeglichene Rechnung zu präsentieren. Das kann ich vorweg nehmen, dieses Ziel wurde klar nicht erreicht. Ein weiteres Ziel war, keine ungebundenen Aufwände zu haben. Ein weiteres Ziel war, dass im Investitionsvoranschlag nur Positionen berücksichtigt werden, die mit hoher Wahrscheinlichkeit realisiert werden können. Der Grund, weshalb dieses Ziel so definiert wurde, ist, dass wir, nicht wie in den letzten Jahren, keine Verschiebungen zwischen den Jahren wollten. Wie sieht das Ergebnis aus? Sie konnten es bereits lesen in den Unterlagen und Sie sehen es hier nochmals. Wir gehen davon aus, dass der Aufwand rund CHF 81'000'000 betragen wird und der Ertrag nur CHF 79'700'000. Wir rechnen im 2013 mit einem Mehraufwand von rund CHF 1'300'000. Bezüglich der Investitionsrechnung sehen Sie die Nettoinvestitionen, diese betragen rund CHF 9'300'000. Davon liegt der rein steuerfinanzierte Bereich bei CHF 7'600'000. Die restlichen Investitionen erfolgen im Bereich der Spezialfinanzierungen. Ein Vergleich des Budgets 2013 mit dem Budget 2012 und mit der Rechnung 2011 zeigt folgendes. Bei der Rechnung 2011 sehen Sie, dass es das letzte Jahr war mit einem guten Abschluss. Dort hatten wir einen Ertragsüberschuss von CHF 3'600'000. Im Budget 2012 wurde bereits mit einem Aufwandsüberschuss gerechnet von rund CHF 730'000. Im Budget 2013 rechnet der Gemeinderat mit einer weiteren Steigerung, nämlich mit einem Aufwandsüberschuss von CHF 1'300'000. Die Nettoinvestitionen gehen zurück. Das hier ist nur der steuerfinanzierte Bereich, die Spezialfinanzierungen sind hier draussen. Die Selbstfinanzierung wird unter die magische Grenze von 100% fallen. Wir werden zusätzliche Schulden machen müssen und einen Selbstfinanzierungsgrad von 30% erreichen.

Die wesentlichen Abweichungen zum Budget 2013: Beim Aufwand rechnen wir mit einer Zunahme von 2,2% gegenüber dem Budget 2012. Der Ertrag steigt nur um rund 1,4%, auf CHF 1'100'000. Die Differenz liegt im Aufwandsüberschuss. Die wesentlichen Änderungen gegenüber dem Budget 2012 sind im Personalaufwand, dort rechnen wir mit einer Zunahme von rund CHF 1'000'000. Einerseits sind hier drin die CHF 500'000, die wir eingestellt haben in Zusammenhang mit den zusätzlichen vorzeitigen Pensionierungen aufgrund der Pensionskassenthematik. Der andere Grund, weshalb der Personalaufwand zunehmen wird, damit rechnet der Gemeinderat, sind Pensenerhöhungen und neue geplante Stellen. Unter anderem soll ein Fachmann Sicherheit eingesetzt werden mit 100%, die Fachstelle Altersfragen ist mit plus 60% hier drin berücksichtigt. Auf der anderen Seite haben wir weitere Zunahmen bei den Abschreibungen, das ist ohne weiteres begründbar. Mit den geplanten Investitionen bei den Kindergärten und das Feuerwehrmagazin ist es klar, dass dies weitere Abschreibungen zur Folge hat. Auf der anderen Seite werden wir eine Erhöhung bei den eigenen Beiträgen haben von rund CHF 270'000'000. Der allergrösste Betrag hier drin ist der höhere Finanzausgleich. Wir rechnen damit, dass sich der Finanzausgleich um rund CHF 890'000 erhöht. Beim Ertrag wurde es so budgetiert, dass wir bei den Steuern annehmen dürfen, dass die juristischen Personen rund CHF 2'000'000 mehr Steuern einzahlen werden im nächsten Jahr. Bei den natürlichen Personen haben wir uns auf die Prognose des Kantons abgestellt, auch wenn ich weiss, dass Kurt Kneier dies nicht richtig findet. Es ist eine Tatsache, dass wir gewisse Annahmen treffen müssen. Beim Kanton sind Fachleute am Werk und die werden uns diese Zahlen korrekt liefern. Eine wesentliche Veränderung liegt auf der Ertragsseite, ein Minderertrag von rund CHF 1'300'000 bei den Rückerstattungen Gemeinwesen. Die Thematik ist dort der Wegfall der Rückerstattung in Zusammenhang mit den Kosten vom Atlas.

Bei den Steuererträgen gehen wir davon aus, dass die Steuererträge der juristischen Personen zunehmen werden im 2013. Wir rechnen dort mit einer Zunahme von CHF 2'000'000. Wir gehen davon aus, dass die Steuererträge bei den natürlichen Personen eher stagnieren. Das ist abgestützt auf die Angaben des Kantons. Die Auswirkungen der Euro-Krise, Konjunkturschwäche etc. sind heute nicht klar zu verifizieren. Darum ist es sehr schwierig, diese Einschätzungen vorzunehmen, wie die Steuererträge ausfallen werden. Wir gehen davon aus, dass wir es vorsichtig richtig budgetiert haben.

Die wesentlichen im nächsten Jahr geplanten Investitionen liegt zum grössten Teil bei der Bildung. Da sind rund CHF 3'800'000 im Budget eingestellt, unter anderem der Doppeltageskindergarten, der Kindergarten Ziegelei und bereits ein Teil der Neuplanung Gartenschulhaus. Auf der anderen Seite sehen Sie Kultur und Freizeit, wo wir auch CHF 1'180'000 für die Erstellung des Fussballfeldes beim UBS-Areal geplant haben. Dort erhalten wir CHF 3'000'000 wieder zurück, Infrastrukturbeitrag Langmatten, was wir hier bereits behandelt haben. Eine weitere wesentliche Position ist der Ausbau Herrenweg, den wir mit CHF 2'000'000 unter dem Titel Verkehr haben. Dort sind CHF 3'800'000 und allein CHF 2'000'000 davon sind für den im nächsten Jahr geplanten Ausbau Herrenweg.

Hier sehen Sie schematisch dargestellt, wo die Investitionen zum grössten Teil hingehen. Es ist vor Augen führend, der allergrösste Teil geht in den Verkehr und in die Bildung. Rund drei Viertel der Investitionen werden dort getätigt. Wir mussten trotz unserem Ziel, dass wir weniger Verschiebungen aus dem Vorjahr möchten, CHF 1'500'000 von den Investitionen aus dem Jahr 2012 aufs 2013 schieben, weil diese im 2012 nicht realisiert werden konnten.

Hier ein Bild zur Entwicklung der Vorjahre. Das ist das Gegenstück zur Folie, die ich vorhin beim Finanzplan gezeigt habe. Wenn wir retour schauen, dann war es fast immer gut, bis auf das Jahr 2006, wo das Ergebnis der laufenden Rechnung im minus war. In den Jahren 2005, 2007, 2008, 2009, 2010 und 2011 hatten wir immer positive Ertragsüberschüsse zu verzeichnen. Im 2012 sind wir unter die Nullmarke gerutscht und im 2013 ist es geplant, dass wir CHF 1'300'000 darunter liegen.

Noch ein paar Ausführungen zu den Ergebnissen der Spezialfinanzierungen. Sie sehen hier die Wasser- und Abwasserrechnung. Der Saldo der laufenden Rechnung ist positiv. Einzig beim Abfall haben wir einen Aufwandsüberschuss zu verzeichnen. Auch hier darf ich Ihnen mitteilen, dass wir bei allen drei Spezialfinanzierungen auf Kurs sind. Selbst der Aufwandsüberschuss bei der Abfallrechnung ändert daran nichts.

Zur Zielerreichung. Auch hier haben wir ein ähnliches Bild wie beim Finanzplan. Wir haben weniger lachende Smileys. Dass der Steuereffuss unverändert bei 58% liegt, ist erreicht. Die Einhaltung der Sparvorgaben wurde nicht erreicht. Wir haben keinen ausgeglichenen Finanzhaushalt. Die Nettoinvestitionen sind nicht kleiner als die Selbstfinanzierung, im Gegenteil. Ein Schuldenabbau konnte nicht stattfinden.

Ich bin bei der letzten Folie. Es ist eine Trendwende erkennbar. Es ist eine Tatsache, die Sie vor Augen haben müssen, wenn es um die zukünftigen Projekte geht, egal ob das Investitionen sind oder sonstige Ausgaben. Mit diesem Fazit schliesse ich meine Ausführungen und bitte Sie, das Budget zu genehmigen.

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen zur Beratung der Budgetpostulate.

Stephan Wolf, Fireko-Vizepräsident: Die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission hat sich selbstverständlich auch mit den Budgetpostulaten auseinandergesetzt. Wir sind intern so verblieben, dass ich als Vize-Präsident zu den einzelnen Budgetpostulaten Stellung nehmen. Ich schlage vor, dass wir dies gleich machen wie im letzten Jahr, nämlich, dass ich die Stellungnahme der Fireko bei jedem Budgetpostulat einzeln abgebe.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2.1.2

Budgetpostulat von Barbara Selinger, Christoph Benz,
Ruedy Breitenstein, Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion, betreffend
Erwerb des Labels „Kinderfreundliche Gemeinde Allschwil“, Geschäft 4084B.1

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Bei dem Label für eine kinderfreundliche Gemeinde ist es nicht das Label, das wichtig ist, sondern der Weg dorthin. Ich nehme ein Beispiel, das mit diesem Weg verbunden ist, das ist die Förderung der Teilhabe der Kinder. Wenn man Kinder beteiligt in der Gemeinde, sei das bei der Gestaltung der Spielplätze oder bei der Ausgestaltung eines Schulhauses, wir haben vorhin von Toni Lauber gehört, dass dort noch Geld zu investieren ist, dann haben wir clevere Lösungen. Man hat clevere Lösungen, weil die Nutzersicht beteiligt war. Die Voraussetzung ist, dass wir dies qualitativ gut anlegen. Es gibt Teilhabeprozesse, welche als Wunschkonzert gestaltet sind, das ist nicht geeignet. Es gibt Teilhabeprozesse, welche so gestaltet sind, dass man den Kindern eine Lawine von Erwachsenenvorschlägen vorlegt, über welche sie abstimmen. Gute Teilhabeprozesse laufen qualifiziert und bedingen klare Rahmenvorhaben und verbindliche Resultateinhalten, welche den Kindern garantieren, dass man das, was sie eingebracht haben, berücksichtigt. Ein weiterer Vorteil der Teilhabe ist, dass wir die Beheimatung der Kinder fördern. Wenn sie selber mitreden können, wird ihre Beheimatung in der Gemeinde verbessert, das erhöht dann auch ihre Lebensqualität. Ein weiterer Vorteil ist die Vandalismusprävention. Kinder, welche sich mit Lösungen identifizieren, halten auch mehr Sorge dazu. Ich würde sehr empfehlen, diesen Weg auch in der Gemeinde Allschwil mit dem Label für Kinderfreundlichkeit einzuschlagen. Die Investition mit den CHF 17'000, welche verbunden sind mit Evaluation und einer Überprüfung der Situation, ist gut und zukunftsorientiert investiert.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich rede, weil es bei der Wirtschaftsförderung angelegt wurde. Wir kennen das Potential der Kinder und schätzen dies auch. Die Gemeinde Allschwil ist mit oder ohne Label ein Vorzeigemodell. Ich habe während den Ausführungen ein paar Notizen gemacht. Die Beteiligung von Kindern haben wir grundsätzlich. Wir haben eine Kinder- und Jugendkommission. Sie sind im Jugendfreizeithaus eingebunden und wir haben eine Umfrage gemacht bei Jugendlichen, ob sie sich in Allschwil wohl, weniger wohl oder unwohl fühlen. Das kam grundsätzlich sehr positiv heraus. Wir sind auf diesem Weg, den du beschrieben hast. Prävention ist ein Thema, wir sind immer mit einem Robi-Fahrzeug unterwegs und Hotspots. Wir haben das Jugend-Freizeithaus ausgebaut, wir haben eine neue Robi-Baracke und wir unterstützen massgeblich die Vereine. Wir haben zwei Tagesheime, Mittagstische, Tageskindergarten und neu die Tagesschule. Ich meine, dass wir auch ohne Label führend sind in der Region mit unserem gesamten Angebot. Wir unterstützen und fördern, nicht mit Finanzmitteln, aber ideell, private Tagesheime, wie sie im linksufrigen Gebiet neu realisiert wurden. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass wir auf einem sehr guten Weg sind. Der Gemeinderat verzichtet bewusst auf Zertifizierungen, das wäre ein Richtungswechsel. Ich meine, dass wir auch ohne Zertifizierung gut sind. Es gibt heute für fast alles eine Zertifizierung. Der Gemeinderat stellt sich auf den Standpunkt, dass wir das Geld lieber fürs Projekt ausgeben, als für den Zertifizierer.

Stephan Wolf, Fireko-Vizepräsident: In der Fireko haben wir auch dieses Budgetpostulat besprochen. Für die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission waren vor allem zwei Güter im Spiel, welche wir gegeneinander abgewogen haben. Das ist einerseits die angespannte finanzielle Situation der Gemeinden und auf der anderen Seite der Umstand, dass die Kinder zweifellos die Zukunft unserer Gesellschaft, und so Gott will, unsere zukünftigen Steuerzahlenden sind. Die Fireko hat dem zweiten Gut mehr Rechnung getragen und war mehrheitlich der Auffassung, diesem Budgetpostulat zuzustimmen. Mit der Zertifizierung wird auch nach Aussen bekannt, dass wir eine kinderfreundliche Gemeinde sind. Die Fireko empfiehlt die Annahme dieses Budgetpostulats.

Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion: Die GLP/BDP-Fraktion unterstützt dieses Postulat einstimmig, auch wenn wir nicht vollständig anwesend sind. Kinder sind unsere Zukunft und auch die Zukunft von Allschwil. Kinder, die sich hier wohlfühlen, bleiben uns als zukünftige Steuerzahler erhalten. Es ist angemessen, dass sich eine grosse Gemeinde wie Allschwil mit den Anliegen und Rechten von Kindern auseinandersetzt. Ein Beitritt zu diesem Label würde die Gemeinde Allschwil dazu verpflichten, eine Standortbestimmung vorzunehmen, einen Workshop mit Jugendlichen durchzuführen und einen Massnahmeplan für die nächsten vier Jahre zu erarbeiten. Wir sind enttäuscht, dass der Gemeinderat dieses Postulat nicht entgegennehmen möchte. Es ist einfach zu behaupten, dass die Gemeinde Allschwil fortschrittlich sei und viel macht, und sich aber einer objektiven unabhängigen Überprüfung dieses Sachverhalts verweigert. Genau um das geht es bei diesen Labeln. Auf das Label könnte man verzichten, aber der Prozess ist wichtig. Es geht darum, die aktuelle Situation zu überprüfen und sich verbindlich zu Massnahmen zu verpflichten. Der Gemeinderat sollte den Erwerb eines Labels als Chance anschauen und dies nicht immer bekämpfen. Darum unterstützen wir das Postulat und empfehlen Annahme.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich gestatte Ihnen einen Einblick ins Protokoll der Fraktionssitzung der SP.

2.1.1 Traktandum Geschäft 4048 B1, Beschluss ja, einstimmig, Wortmeldung J.J.W. Ich kann Sie trösten, ich bin nachher nicht mehr auf der Liste heute Abend. Allschwil wirkt nach Aussen, da hat Toni Lauber recht. Wenn ich nach Allschwil komme, dann sehe ich beim Ortsschild eine farbige Platte, ein blauer Grund mit gelben Sternen. Das ist eine Art ein Label, das zeigt etwas. Gemeinde Europa, wir sind verbunden. Ein Nebensatz zu Nicole Nüssli. Eine dunkelblaue Fläche mit Sternen, leider keine Sonne drauf, ist vielleicht ein Zeichen für eine kalte Nacht in Allschwil. Vielleicht sollten wir das wechseln und eine Sonne darauf malen, das wäre schöner für Allschwil. Also, es geht um ein Zeichen nach Aussen. Die Postulanten sagen, dass es andere Gemeinden bereits haben. Ich habe gehört, das seien Arlesheim, Reinach und Riehen. Da bin ich stutzig geworden. Arlesheim hat uns den Namen des Bezirks weggenommen. Reinach mag uns die 200 Einwohner mehr nicht gönnen und Riehen nimmt uns immer vor der Nase den 6er weg. Nach Aussen wirken ist wichtig. Armin Bieri hat vorhin gesagt, dass Avenir Suisse eine Untersuchung gemacht hat. Ältere Mitglieder hier wissen, dass ich schon vor vielen Legislaturperioden immer gesagt habe, dass Verkehrswege, Bildung und Erholung sowie Vereine für uns wichtig sind. Der Gemeinderat schreibt, dass der Aufwand im Verhältnis zum Ertrag sehr gering sei. Der Ertrag ist ein Lebensgefühl, ein Wohnort mit Sicherheit und Beständigkeit. Das kann man nicht mit einer

Kostentabelle messen. Wir sind klar der Meinung, dass es ein Zeichen nach Aussen ist. Wir werden dem einstimmig zustimmen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion wird das Budgetpostulat ablehnen. Für uns sind die Erläuterungen des Gemeinderates, die aufzeigen, dass genügend Initiative erbracht wird, ausreichend. Die momentane Finanzlage zeigt, dass es nicht allzu rosig für die Zukunft aussieht. Für uns ist es wichtig, dass wir jeden Betrag genau unter die Lupe nehmen und abwägen. Dazu kommt, dass die CHF 17'000 nur für den Zertifizierungsprozess ausgegeben werden und nicht den Kindern oder einem Projekt zugute kommen. Aus diesem Grund werden wir es ablehnen. Label gibt es viele, das Umweltlabel usw. Wenn wir uns dann alle Labels zutun, dann müssen wir eine höhere Stange für das Ortsschild kaufen, damit wir alle schönen farbigen Schilder darunter hängen können.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Ob sich mit diesem Unicef-Label für unsere Kinder etwas ändert oder nicht, stelle ich persönlich in Frage. Eine teure Evaluation ist nur eine Ausarbeitung und ob wir schlussendlich das Label erhalten, ist dann nochmals eine andere Frage. Das Budget ist bereits arg strapaziert, wir sollten es nicht noch mehr strapazieren. Solange Allschwil es nicht fertig bringt, dass alle Schüler im eigenen Dorf in die Schule gehen können, ist es in meinen Augen Spott und Hohn, wenn sich Allschwil um dieses Label bemüht. Die CVP-Fraktion wird aus diesen Gründen das Budgetpostulat ablehnen.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion geht mit der Fireko einig, dass die Kinder die Zukunft unserer Gemeinde sind. Für die FDP-Fraktion braucht es dafür kein Label. Wir sind uns der Eigenverantwortung sehr wohl bewusst. Familienergänzende Angebote werden laufend erweitert, das Jugend- und Freizeithaus und der Robi-Spielplatz unterstützen die Kinder- und Jugendaktivitäten. Wir haben sogar eine Jugendfeuerwehr. Das Zertifikat sagt nichts über die Qualität einer Gemeinde aus. Im Gegenteil, mit dieser Kategorisierung schnüren wir uns selber ein Korsett. Wir können uns momentan keine solche Ausgaben leisten, weil es nicht bei den CHF 17'000 bleibt. Es werden Folgekosten auf uns zukommen. Im Hinblick auf unser Budget folgt die FDP-Fraktion dem Antrag des Gemeinderates und lehnt die Überweisung ab.

Christoph Benz, EVP/Grüne-Fraktion: Die CHF 17'000 sind gleich hoch wie die Kosten für ein Kind während einem Jahr im Tagi. Toni Lauber hat vorhin aufgezählt, was die Gemeinde Allschwil alles macht für Kinder und Jugendliche. Hier geht es nicht darum, was man für die Kinder macht, sondern um das, was die Kinder machen können. Es geht wirtschaftlich gesagt um Leistungen, die die Kinder erbringen. Sie denken mit, sie helfen Entscheidungen zu finden und Ideen zu generieren. Da kommt etwas dabei heraus, was nicht unbedingt teurer sein muss als das, was die Erwachsenen sich ausdenken. Es muss kindergerecht sein und nicht Design-Vorstellungen genügen. Das hat Zeno Steuri sinngemäss gesagt, als wir in der ersten Kommissionssitzung "Unser neues Schulhaus" zusammengesessen sind. Er hat damals schon dafür plädiert, die Kinder einzubeziehen. Ich möchte den Nagel hier einschlagen, es ist ein guter Weg.

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. Der Antrag des Gemeinderates lautet:

Gestützt auf die Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat die Ablehnung des Budgetpostulats.

://:

Das Budgetpostulat wird mit 18 Ja- und 20-Neinstimmen sowie 1 Enthaltung nicht überwiesen

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Ich bin der Meinung, dass das Resultat vorhin nicht stimmen kann, weil 18 + 20 + 1 gibt 39. Es fehlen zwei Mitglieder. Offenbar hat man Probleme mit dem Auszählen.

Rolf Adam, Präsident: Dann stimmen wir nochmals über das Budgetpostulat 4084B.1 ab.

://:

Wir haben 18 Ja- und 19 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen. Damit ist das Postulat nicht überwiesen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2.1.3

Budgetpostulat von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, betreffend
Qualifizierte Aussensicht – Praxisarbeiten an den Hochschulen, Geschäft 4084B.2

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Ich freue mich, dass der Gemeinderat darauf einsteigt. Das ist erfreulich, denn es ist eine win-win-Situation. Wir können auf der einen Seite wertvolle und günstige Expertisen haben und auf der anderen Seite geben wir jungen Menschen, die hoffentlich hier in Allschwil wohnen, die Möglichkeit ihr Fachwissen, welches sie an den Fachhochschulen, an der Universität oder an sonstigen Ausbildungsstätten gelernt haben, anzuwenden, damit sie ihre Bachelor- oder Masterarbeit machen können. Der Gemeinderat hat sehr ausführlich geschrieben, dass sie Möglichkeiten sehen und sie möchten einen Betrag ins Budget einstellen. Ich bitte um Zustimmung. Hier können wir ein Zeichen setzen: Von Allschwil für Allschwil. Ich bitte Sie um Unterstützung.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Für die Gemeinde Allschwil bieten solche Studienprojekte ideale Möglichkeiten komplexe Fragen, und ohne grossen Aufwand, durch engagierte Studierende bearbeiten zu lassen. Die Bedürfnisevaluation in den Hauptabteilungen hat ergeben, dass die Nachfrage für Praxisarbeiten in Zusammenarbeit mit der FHNW vorhanden ist. Darum empfehlen wir Ihnen die Annahme.

Stephan Wolf, Fireko-Vizepräsident: Die Fireko hat hier auch wieder eine Güterabwägung gemacht. Sie ist zum Schluss gekommen, dass die Praxisarbeiten an den Hochschulen höchstwahrscheinlich auch dann gemacht werden, wenn dem Budgetpostulat nicht zugestimmt wird. Ich persönlich habe meine Seminararbeit, die Lizenziatsarbeit und die Diss-Arbeit ohne Subventionen der Gemeinde gemacht. In Anbetracht der angespannten finanziellen Lage sind wir in der Fireko der Meinung, dass wir das notwendige Geld nicht haben für dieses Budgetpostulat. Die Fireko empfiehlt Ihnen, das Budgetpostulat abzulehnen, wenn auch nicht einstimmig, sondern mit 4 Neinstimmen.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Wir von der FDP-Fraktion finden grundsätzlich auch, dass solche Projekte sinnvoll sind, vor allem wenn es etwas betrifft, das nicht allzu grosse Abklärungen benötigt. Wir sind nicht davon überzeugt, dass auf der Gemeindeverwaltung jetzt konkrete Projekte da sind, wo dies nötig wäre. Einzelne Projektarbeit ist nicht allzu teuer und würde in die Kompetenz des Gemeinderates fallen, wenn im Verlauf des nächsten Jahres dieses Bedürfnis wirklich besteht. Wir schauen das Postulat als nice-to-have an. Wir möchten dem Gemeinderat ans Herz legen, wenn es wirklich sinnvoll ist, dass er bei Abklärungen zu Sachgeschäften diesen Weg bestreitet.

Lukas Mussler, GLP/BDP-Fraktion: Ich darf Ihnen mitteilen, dass die GLP/BDP-Fraktion dieses Postulat grossmehrheitlich annehmen wird. Wir finden es richtig, dass man die Verknüpfung und Förderung der Realitätsnähe an den Fachhochschulen - vielleicht weitet sich dies auch einmal auf die Uni aus – erkennt und fördert. Ich finde die Aussage des Gemeinderates sehr gut, dass man hier auch eine Aussensicht auf die Gemeinde projizieren kann. Dadurch kann eine win-win-Situation entstehen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion wird diesem Budgetpostulat zustimmen. Ich habe vorhin gesagt, dass man jeden Betrag abwägen und prüfen muss. Wir haben das bei diesem Betrag lange gemacht. Die Thematik interessiert uns und wir finden es sinnvoll. Wir hoffen, dass die Gemeinde die ausgearbeiteten Projekte von den Studierenden auch wirklich bezieht zur Planung und zur Umsetzung. Es wäre dann auch schön, wenn der Einwohnerrat das eine oder andere Projekt aus solch einer Arbeit zu Gesicht bekommt.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Es geht darum, dass wir ein Zeichen setzen. Der Gemeinderat hat deutlich gesagt, dass er dies sorgfältig macht. Es geht nicht darum, dass wir bestimmen, was und wie gemacht wird, sondern ob oder nicht. Der Gemeinderat soll aussuchen. Wir haben einen strategischen

Auftrag und die Gemeinde hat eine operative Aufgabe. Sie werden berichten und Rechenschaft ablegen. Ich bitte Sie, dem zuzustimmen.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Die EVP/Grüne-Fraktion stimmt dem Postulat auch zu. Ich persönlich habe in meiner Verwaltungstätigkeit viele gute Erfahrungen gemacht mit solchen Arbeiten. Es bringt den Studierenden Praxisbodenhaftung. Es ist für die Hochschulen eine Gelegenheit nützlich zu sein. Es bringt der Gemeinde und der Verwaltung Aussensicht und wertvolle Rückmeldungen, und das immer zu einem günstigen Preis. Wenn ich bei jedem Postulat die angespannte Finanzlage der Gemeinde als Hauptargument höre als Gegenargument, dann möchte ich sagen, dass man auch erfolgreich Schulden machen kann. Erfolgreiche Schulden sind Investitionen, die sich letztlich lohnen. Und diese hier lohnt sich, zudem ist sie nicht riesig.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Ich möchte auf die Euphoriebremse stehen. Es ist im Rat eine breite Zustimmung spürbar. Ich selber war auch an der Uni, ich bin immer noch am doktorieren. Ich stehe zum Teil mit FH-Leuten in Kontakt, ich betreue ab und zu auch Leute, die eine solche FH-Arbeit machen. Für komplexe Themen ist eine Bachelorarbeit nicht geeignet, weil die Anforderung an eine Bachelorarbeit viel tiefer sind, als dass sie uns gerecht werden. Dies zur Relativierung. Es mag sein, dass gewisse Bedürfnisse im Einzelfall da sind. So wie das die Vorrednerin Kathrin Gürtler gesagt hat, fände ich es gut, wenn wir es unterstützen, aber in Kompetenz des Gemeinderates. Die CVP wird diesem Budgetpostulat nicht folge leisten.

Rolf Adam, Präsident: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, kommen wir zur Abstimmung. Der Antrag des Gemeinderates lautet: Gestützt auf diese Ausführungen beantragt der Gemeinderat Annahme des Budgetpostulats.

://:

Das Postulat wird mit 25 Ja- zu 10 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung überwiesen.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Vorhin waren wir 18 + 19 und nun sind wir eine Person weniger? Irgendetwas stimmt nicht in diesem Einwohnerrat.

Rolf Adam, Präsident: Die Abstimmung war klar.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2.1.4

Budgetpostulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, betreffend
Erhöhung des Budgetpostens 210 – 318.00 um 20'000 Franken, Geschäft 4084B.3

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Die Gemeinde Allschwil leistet sich drei wertvolle Einrichtungen. Sie möchte Schulsozialarbeit einführen, das ist eine sehr sensible Arbeit. Das kommt nur gut und verhebt qualitativ nur dann, wenn sie professionell begleitet wird. Wir haben die Tagesschule und den Tageskindergarten. Diese müssen evaluiert werden, und zwar jetzt so schnell als möglich, bevor Abläufe eingefahren sind. Wenn wir zu spät evaluieren, wird es teurer. Die Tagesschule ist sehr wichtig, das müssen wir ganz genau anschauen. Ich habe das Gefühl, dass die gebundene Art der Tagesschule Diskussionen und Konsequenzen haben wird. Ich denke, es muss überprüft werden, ob das das richtige Modell ist oder ob ein flexibles Tagesschulmodell besser wäre. Das können wir nur, wenn wir das ganz sauber und professionell evaluieren. Das muss extern passieren, das kann nicht intern sein. Es braucht eine Aussensicht. Es kann nicht sein, dass interne Leute die eigene Institution evaluieren und überprüfen. Wir haben teure Einrichtungen, im Sinne von wertvoll, und diese müssen verheben. Das kann nur passieren, indem wir immer wieder evaluieren und überprüfen, ob wir auf dem richtigen Weg sind, ob die Entwicklung und die Resultate stimmen und befriedigend sind. Das kann nur extern sein. Ich bitte Sie, dieses Postulat zu überweisen. Hier geht es auch darum, wer A sagt zur Tagesschule und zur Schulsozialarbeit, der muss auch B sagen zur Begleitung und Evaluierung.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Wie Sie den Ausführungen entnehmen können, sieht der Gemeinderat zum jetzigen Zeitpunkt von einer externen Evaluation und Projektbegleitung im Bereich Tagesschule, Tageskindergarten und Schulsozialarbeit ab. Die Projekte befinden sich noch in der Entwicklungsphase und es gibt noch nicht genügend Erfahrungswerte für eine wirkungsorientierte Evaluation. Die Entwicklungsarbeit muss innerhalb der Gemeinde passieren. Hier liegen noch ein paar Jahre vor uns. Die ganze Arbeit ist erst am laufen und wir müssen dies laufend entwickeln. Wir haben heute auch eine Reorganisation beschlossen im BEG, damit wir genügend Ressourcen haben, um das alles sorgfältig anzugehen. Bisher haben wir eher reagiert, als dies vorausplanend anzugehen. Ich bin sehr froh, dass es heute so entschieden wurde. Wenn die ganze Sache am laufen ist, dann können wir auf das zurückkommen, wie das Bruno Gadola wünscht, nämlich eine externe Evaluation.

Stephan Wolf, Fireko-Vizepräsident: Wie bei allen anderen Budgetpostulaten steht auch hier die Güterabwägung im Vordergrund. Wir haben einerseits die angespannten finanziellen Verhältnisse, die eher sagen, dass man das Budgetpostulat ablehnen soll. Auf der anderen Seite ist die Fireko trotzdem grossmehrheitlich der Auffassung, wenn wir die Tagesschule, den Tageskindergarten und die Sozialarbeit auf Primarschulstufe haben, dass wir das Optimum herausholen sollten. Deshalb würde man hier am falschen Ort sparen. Die Fireko empfiehlt darum dem Einwohnerrat diesem Budgetpostulat zuzustimmen.

Daniela Werren, SP-Fraktion: Ich möchte aus Schulsicht Bruno Gadola Unterstützung geben. Wir hatten in den Primarschulen eine externe Evaluation, die wir machen mussten. Es ist eine grosse Chance, um sich weiterzuentwickeln. Auch wenn etwas gut ist, kann man sich weiterentwickeln. Es tut sich immer eine Türe auf. Ich finde das sehr wichtig. Externe Leute schauen die Sache anders an als wir und sehen andere Sachen. Sie finden Sachen gut, die wir vielleicht nicht gut fanden und umgekehrt. Ich möchte beliebt machen, diesen Antrag zu unterstützen.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Wir müssen hier dem Gemeinderat recht geben. Was wollen wir evaluieren? Lassen wir die Sache zuerst doch einmal laufen. Um eine vernünftige Auswertung zu machen und damit eine Analyse möglichst grossräumig Datenmengen abdecken kann, müssen diese zuerst vorhanden sein. Ansonsten läuft es wie beim Schulsystem, wo die eine Reform die nächste jagt und die übernächste die vorgängige verjagt hat. Aus diesen Gründen sehe ich nicht, dass wir diesem Budgetpostulat zustimmen sollen. Die CVP-Fraktion wird diesem Postulat nicht zustimmen.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wir von der GLP/BDP-Fraktion schliessen uns der Meinung des Vorredners an. Wir finden es auch zu früh, jetzt bereits zu evaluieren mangels Erfahrungswerten. Deshalb lehnen wir das Budgetpostulat ab.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Wenn nicht in der Entwicklungsphase, wann soll denn sonst evaluiert werden, respektive begleitet und von Aussen betrachtet werden, damit die Entwicklung in die richtige Richtung geht? Es ist klar, dass wir hier ja sagen müssen, auch als Fraktion.

Rahel Balsiger, FDP-Fraktion: Wir schliessen uns einerseits dem Votum des Gemeinderates und Philippe Hofmann an. Wir waren auch der Auffassung, dass es zuerst laufen soll, bevor man evaluieren kann, damit man Erfahrungswerte hat. Wir sind auch der Auffassung, dass es momentan zu früh ist. Wir haben den Antrag und die Begründung untersucht und sind zum Schluss gekommen, dass der Antrag zu wenig konkret ist. In der Begründung werden Punkte aufgeführt, welche im Antrag nicht erscheinen. Das Ganze wirkt ein bisschen uferlos in Bezug auf die Kosten. Darum wird die FDP diesem Antrag nicht folgen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich schliesse mich meiner Vorrednerin an. Wir haben hier das Wort evaluieren mehr gehört, als es ein Durchschnittsschweizer in einem ganzen Jahr hört. Die SVP-Fraktion wird dieses Budgetpostulat ablehnen.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Das ist eine eigenartige Begründung. Ich wiederhole mich: Eine Evaluation ist dann sinnvoll, wenn ein Projekt noch nicht ganz abgeschlossen ist. Dann kann man steuern und die Entwicklung beeinflussen. Man kann nicht warten, bis alles eingefahren ist, denn dann wird es kostenintensiv. Immerhin gibt es den Tageskindergarten seit bereits vier Jahren und die Tagesschule seit zwei Jahren. Also so jung ist die Sache nicht.

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. Der Antrag des Gemeinderates lautet:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat die Ablehnung des Postulats.

://:

Das Postulat wird mit 15 Ja- und 22 Nein-Stimmen nicht überwiesen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2.1.5

Budgetpostulat von Daniela Werren, SP-Fraktion, betreffend
Laufende Rechnung Position 300-364.00, Geschäft 4084B.4

Daniela Werren, SP-Fraktion: Die SP-Fraktion möchte eine Erhöhung des Subventionsbeitrags an das Theater Basel beliebt machen, weil der Kanton Baselland zusätzliche Subventionen abgelehnt hat und das Theater auf Zahlungen des eigenen Kantons angewiesen ist. Seither haben gewisse Gemeinden wie Binningen und Therwil aus Solidarität ihre Subventionsbeiträge erhöht oder Gemeinde-Abonnements gekauft. Agglomerationsgemeinden wie wir stehen in der Pflicht, denn wir profitieren am meisten von dieser tollen Kultureinrichtung. Erste Konsequenzen sind bereits so, dass einige Produktionen gestrichen werden mussten, was zu Besucherrückgangszahlen geführt hat. Aus diesen Gründen möchten wir den Subventionsbeitrag um CHF 10'000 erhöhen auf insgesamt CHF 30'000.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Das Theater Basel hat einen wichtigen Stellenwert in der Kulturlandschaft der Region und wird von uns seit vielen Jahren mit CHF 20'000 unterstützt. Der Gemeinderat erachtet dies nach wie vor als genügend hohen Beitrag. In Anbetracht der gespannten finanziellen Lage denkt er nicht daran, diesen zu erhöhen.

Stephan Wolf, Fireko-Vizepräsident: Passend zur Jahreszeit ist die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission als erstes ein Weihnachtslied eingefallen, als wir dies gelesen haben: Alle Jahre wieder. Spass beiseite. Auch hier haben wir wieder zwei grundlegend verschiedene Güter, die man miteinander abwägen muss. Einerseits ist da die Solidarität zum Theater Basel. Es ist unbestritten, dass auch unsere Gemeinde vom Theater Basel teilweise profitiert. Andererseits haben wir die heute viel zitierte angespannte finanzielle Lage, wo wir einfach sagen müssen, dass wir kein Geld haben, um diese Subvention zu erhöhen. Das hat die Fireko dazu bewogen, wenn auch nur knapp, dem Einwohnerrat zu empfehlen, das Budgetpostulat abzulehnen.

Ruedy Breitenstein, EVP/Grüne-Fraktion: Wir haben den Vorteil, dass wir so nahe an diesem Theater sind. Wir können immer gehen, in einer Viertelstunde sind wir dort. Immer wenn ich im Theater bin und zurück fahre, sehe ich ein paar Leute von Allschwil. Wir leben mit dem und sie leben auch von uns. Wir haben 20'000 Einwohner, das sind CHF 0,5 pro Person, das ist nicht so viel. Sie haben gesagt, dass wir seit vielen Jahren CHF 20'000 an das Theater geben. Das geht auch einmal etwas hinauf. Ich bitte Sie, dem zuzustimmen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Es hat einen Grund, weshalb im Theater Basel die Zahlen zurückgehen. Wir hatten eine Volksabstimmung vor ein paar wenigen Jahren. Das Volk hat seine Meinung geäußert und diese sollten wir respektieren. Man möchte nicht mehr bezahlen, der Kanton macht es auch nicht. Wir als Gemeinde müssen nicht Kantonssachen übernehmen, nur weil der Kanton

oder die Stimmbürger des Kantons Basel-Landschaft gesagt haben, dass sie dies nicht wollen. Das sollten wir jetzt auch respektieren.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Ja, es gibt Gründe, dass die Zuschauerzahlen abnehmen. Ein Grund ist, dass die Finanzierung nicht mehr so gut ist. Mit so wenig Geld kann man auch nicht so gutes Theater machen. Für CHF 10'000 erhalten wir sehr viel. Das Stadttheater ist auch ein bisschen Wirtschaftsförderung. Die Lage von Allschwil ist gut, die Leute kommen hierhin, auch gute Steuerzahler, und die braucht die Gemeinde. Für CHF 10'000 erhalten wir gute Steuerzahler. Wir kompensieren die guten Zentrumsleistungen, welche Basel den Allschwilerinnen und Allschwilern anbietet. Es gibt noch einen anderen Grund. 7000 Leute aus Allschwil arbeiten in der Stadt, holen dort ihren Lohn und versteuern ihn hier. Dafür kann man die CHF10'000 wirklich ausgeben.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Manchmal habe ich den Eindruck, dass im Einwohnerrat eine Zauberflöte fehlt. Ich durfte vor drei Wochen mit der Klasse ins Theater gehen, Mittwochnachmittag, in der Freizeit, für CHF 5 pro Kind und der Lehrer gratis. Ich hatte 30 Kinder dabei. Das ist nur möglich, weil Allschwil dies mit unterstützt. Ein Argument, dass immer weniger Leute gehen, könnte auch sein: Was der Teufel nicht kennt, frisst er nicht. Oder anders gesagt, wer noch nie gegangen ist, geht nie. Ich versuche mit den Kindern, möglichst viele Sachen zu machen. Ich war an einer Ballettaufführung, das war sensationell. Da muss man anfangen, damit die Leute, wenn sie grösser sind und hier drin sitzen, wissen, was das Theater ist, neben dem Theater hier.

Susan Vogt, FDP-Fraktion: Gerade letzten Samstag hat die Presse über die Problematik des Theater Basel ausführlich berichtet. Fehlende Subventionen sind nicht der alleinige Grund für die rückläufigen Besucherzahlen. Es steht in der Zeitung: Es gibt einen Zusammenhang von Mitteleinsatz und Erfolg. Die eingesetzten Mitteln waren dank den um CHF 1'270'000 erhöhten Subventionen höher denn je. Wo blieb dann der Erfolg? Die FDP-Fraktion hat wie auch die Fireko verschiedene Ansichten. Nichts desto trotz wurde das Budgetpostulat klar abgelehnt. Die Ausgangslage ist immer die gleiche. Allschwil leistet bereits einen namhaften Beitrag, und das muss reichen. Private Sponsoren, die öffentliche kantonale Hand und neu die IWB sowie das Theater müssen mit den vorhandenen Mitteln auskommen. Die FDP-Fraktion lehnt das Budgetpostulat deshalb ab.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Ich habe in dieser Debatte um die Theatersubvention immer Mühe mit der Argumentation des Volkswillens. Wenn der Kanton dies abgelehnt hat, soll man auch nichts machen als Gemeinde. Ich erinnere mich an verschiedene Voten, wo es um etwas ganz anderes ging, nämlich um Zwangszuweisungen von Schülerinnen und Schülern. Nur weil der Kanton etwas sagt, müssen wir uns nicht daran halten. Eine geradlinige Politik, geschätzter Kollege Zimmermann, sieht anderes aus.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion wird das Budgetpostulat ablehnen. Ich habe Mühe mit der Argumentation, dass so viele Allschwiler ins Theater gehen und deswegen sollen wir mehr an das Theater bezahlen. Aber es gehen auch immer so viele Basler bei uns in den Wald. sollen denn die auch für den Wald bezahlen?

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Das meiste wurde bereits gesagt. Wir von der GLP/BDP-Fraktion sind der Meinung, dass es Sache des Kantons ist, diese Zahlungen zu machen. Wir lehnen das Postulat ab.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Wie der Vorredner und Herr Wolf gesagt haben, ist die Budgeterhöhung wie im römischen Senat, Karthago soll zerstört werden. Das kommt immer wieder und immer wieder. Es gibt dieses Theater schon sehr lange, aber trotzdem haben wir keine neuen sehr guten Steuerzahler erhalten, wie das Herr Gadola gesagt hat. Es gehen weniger Leute ins Theater, das ist korrekt. Es muss gespart werden und es wird weniger gespielt. Es fehlt aber auch eine Zauberflöte, es fehlen qualitativ gute Stücke, die nicht modern, spektakulär oder komisch ausgelegt werden, wie zum Beispiel vor ein paar Jahren, Richard IV, sehr entstellt. Folglich hat das Theater auch eine eigene Schuld. Allschwil unterstützt das Theater bereits mit CHF 20'000. Wir reden hier, als würden wir das Theater nicht

einmal mit unserer Rückseite anschauen. Aber wir unterstützen es und geben Geld, ich finde, das genügt. Die CVP-Fraktion wird das Budgetpostulat ablehnen.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Wir reden immer davon, was Allschwil von Basel hat. Man könnte das auch einmal umkehren. Was hat Basel von Allschwil? Das Naherholungsgebiet, welches wir hier gratis bieten, kostet uns auch, und zwar mehr als CHF 10'000.

Roland Naef, FDP-Fraktion: In Abweichung der FDP-Fraktion bin ich seit 15 Jahren Theater-Abonnement. Ich gehe gerne ins Stadttheater. Es wurde viel gesagt über Qualität. Ich empfehle allen, die gegen das Theater sind, endlich einmal ins Theater zu gehen, dann gäbe es auch mehr Zuschauer. Ich habe es in den letzten fünf Jahren nie mehr erlebt, dass die Leute davongelaufen sind, wie es früher manchmal der Fall war. Ich erlebe in den letzten fünf Jahren im Schauspiel und im Ballet volle Hallen und viele Leute. Die CHF 0.52 Rappen - wir haben noch nicht ganz 20'000 Einwohner - können wir uns in Allschwil leisten. Das Stadttheater in Basel hat Zentrumsfunktion. Es ist ein sehr tolles Theater. Ich empfehle Kollege Zimmermann wärmstens, nächste Woche ins Ballet zu gehen. Das ist eine Kombination zwischen Oper und Ballet. Wir haben hervorragende Darbietungen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Die Frage war, was Allschwil von Basel hat. Da gibt es eine ganz einfache Antwort: Arbeitsplätze dort, und die Steuerzahler hier.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Wenn ich vorhin richtig zugehört habe, ist das Theater anscheinend permanent voll. Wenn das Theater voll wäre, dann bräuchte es keine Subventionen. Das Postulat ist dann also hinfällig. Man kann nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Das eine ist eine Volksabstimmung und das andere ist ein Landratsentscheid. Wir sind gradlinig.

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. Der Antrag des Gemeinderates lautet: Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat die Ablehnung des Budget-Postulats.

:::

Das Budget-Postulat wird mit 14 Ja- und 22 Nein-Stimmen sowie 1 Enthaltung nicht überwiesen.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich habe das Glück, dass ich vis à vis der Uhr sitze. Wir haben jetzt 21.10 Uhr. Ich habe gezählt, wir haben noch sieben Budgetpostulat. Pro Budgetpostulat haben wir 10 Minuten investiert. Wenn der Präsident diese Budgetpostulate noch durchmachen möchte, dann wird es circa 22.00 Uhr. Ich bitte Sie, sich das zu überlegen.

Rolf Adam, Präsident: Wenn wir heute früher aufhören, dann sind wir einfach morgen länger dran. Ich möchte die Budget-Postulate durchnehmen. Ein Kompromissvorschlag: Wir machen bis 22.00 Uhr.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Die Traktandenliste ist sicher noch lange. Aber was sicher vor Weihnachten durch muss, da können wir noch lange reden und morgen den ganzen Abend drei Stunden die Budget-Postulate machen und zusammen lächeln. Aber das muss durch und der Kindergarten auch. Morgen sind wir ausgeschlafen und können einander zuhören. Ich freue mich auf morgen.

Rolf Adam, Präsident: Wir stimmen ab. Wer ist dafür, dass wir die Budgetpostulate noch durchgehen bis 22.00 Uhr.

:::

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2.1.6

Budgetpostulat von Roland Naef, FDP, betreffend
Rückstellung für die Ausfinanzierung des Gemeindeanteils
an der Deckungslücke der Pensionskasse des
Kantons Baselland (BLPK) aufzunehmen, Geschäft 4084B.5

Roland Naef, FDP-Fraktion: Ich ziehe das Budgetpostulat zurück. Heute wurde viel über die Pensionskasse geredet.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2.1.7

Budgetpostulat von Roland Naef, FDP-Fraktion, betreffend
Reduktion der Personalkosten, Geschäft 4084B.6

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: In unserem Postulat zur Reduktion der Personalkosten geht es um das Konto 020-30 und folgende. Die Reduktion von insgesamt CHF 150'000 inklusive die Sozialabgaben entsprechen einer Stelle. Die Stellenbesetzung liegt in der Kompetenz des Gemeinderates. Er soll entscheiden, welche Stelle er nicht neu schaffen möchte. Seit Jahren steigen in unserer Gemeinde die Personalkosten. Wir müssen uns bewusst sein darüber, dass Personalkosten keine Einmalausgaben sind, sondern wiederkehrende Ausgaben und leicht zu einem strukturellen Defizit führen können. Mit unseren Projekten mit den geplanten Bauten, neues Schulhaus und die Kindergärten, braucht es mehr Personal im Bereich Hochbau, damit die Projekte gut begleitet werden können. Die FDP ist dabei ganz klar der Meinung, dass wir die Stellen, welche es für die Projekte benötigt, befristet besetzen sollen. Nach 2017 sind diese Projekte abgeschlossen und benötigen nicht mehr diesen ausgebauten Apparat. Sind aber die Leute unbefristet angestellt, müssen wir auch nach 2017 für diese noch Arbeit haben und ihren Lohn bezahlen. Wir bitten den Gemeinderat, dass er Leute in Zusammenhang mit solchen Projekten befristet anstellt und dass wir die CHF 150'000 bei den Personalkosten reduzieren.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Der Gemeinderat beantragt Ihnen die Ablehnung dieses Budgetpostulats. Es gibt einen formellen Grund. Die Finanzkompetenz liegt beim Einwohnerrat und dieses Budgetpostulat müsste präziser formuliert sein. Man kann nicht sagen, streicht irgendwo eine Stelle. Ich möchte klar zum Ausdruck bringen, und ich sage das glaub jede Sitzung, dass der Eindruck da ist, dass sich diese Stellen bei uns irgendwie und völlig unerklärlich vermehren. Ich sage einmal mehr: Dem ist nicht so. Bei jeder Vakanz, die wir haben, wird jede Stelle durch dick und dünn geprüft. Wir fragen uns, ob sie wieder nötig ist, kann man reorganisieren, umstrukturieren oder gibt es eine Verbindung in ein anderes Departement, bevor wir die Stelle neu besetzen. Zur Thematik im Hochbau mit den neuen Projekten. Wir möchten dort eine externe Projektleitung beauftragen, welche beim Projekt unser neues Schulhaus aktiv werden soll. Das sind externe Kosten, welche aber auch vorhanden sind, auch wenn sie nicht auf der Lohnliste stehen. Die Frage nach befristeten Anstellungen ist typische Exekutiv-Arbeit, nämlich dass wir entscheiden, ob eine Stelle befristet oder unbefristet ist. Wir haben die Stufenanstiege, wir haben eine Teuerung, das ist gerechtfertigt und notwendig. Bei 50% der Stellen haben wir gar nichts zu sagen, das sind Lehrer. Wenn ich schaue, wo in letzter Zeit Stellen geschaffen wurden, dann möchte ich gerne von einer Stelle wissen, zu der der Einwohnerrat sagt, dass es sie nicht braucht. Altersgesetz, wir haben eine Altersfachstelle eingerichtet. Ich erinnere an das Gesetz, ich erinnere an das Alterskonzept. Das ist kein Wunsch, sondern ein Muss. Eine Fachstelle für Arbeitsintegration wurde in der Gemeinde Allschwil implementiert, ein Muss. Wir haben den Schulsozialdienst in Allschwil implementiert, der ist bereits aktiv. Das hat der Einwohnerrat befürwortend zur Kenntnis genommen. Wir haben einzelne Hauptabteilungen, welche sehr stark belastet sind. Es sind grundsätzlich alle sehr stark belastet und es hätten alle gerne mehr Personal. Es gibt sicher ein paar, welche es trifft, weil alles in Bewegung ist. Das eine ist der Hochbau und das BEK. Franziska Pausa hat gesagt, dass wir zurzeit an einer Reorganisation im BEK diskutieren. Da geht es letztendlich darum, die Tagesstrukturen, die wir jetzt anbieten, Tageskindergarten, Tagesschule, Mittagstisch etc., in Ordnung zu

bringen, auch das absorbiert personelle Ressourcen. Dies dürfte auch im Interesse des Einwohnerrates sein und am richtigen Ort, wenn ich die Diskussion heute Abend richtig verfolgt habe. Wer war vorher Profiteur von mehr Stellen? Die sozialen Dienste. Mit dieser Stelle waren wir auch im Einwohnerrat, das wurde hier diskutiert, die Aufstockung bei den sozialen Diensten, insbesondere mit dem Hinweis darauf, dass wir mehr Vormundschaftsfälle hatten. Ich möchte Sie erfolgreich für die längere Dauer als nur für ein Jahr davon überzeugen, dass wir uns alle Mühe geben, jede Stelle, die geschaffen wird, zu hinterfragen und bei jedem Abgang zu fragen, ob wir die Stelle so noch brauchen. Wir können guten Mutes sagen, dass man dieses Budgetpostulat ablehnen kann.

Stephan Wolf, Fireko-Vizepräsident: Die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission begrüsst grundsätzlich jeden Sparvorschlag. Hier sind wir zur Auffassung gekommen, dass man dieses Budgetpostulat aus formellen Gründen ablehnen soll. Aus dem Budgetpostulat geht nicht hervor, wo genau die CHF 150'000 eingespart werden sollen. Es gibt gewisse Personalsteigerungen, welche sich vom Gesetz her nicht ausschliessen lassen, wie der jährliche Stufenanstieg. Wenn wir einen Pauschalbetrag aus der Luft von CHF 150'000 nennen, dann ist die Gefahr gross, dass dies letztendlich in Willkür verfällt. Die Fireko empfiehlt Ihnen, das Budgetpostulat abzulehnen.

Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion: Die GLP/BDP-Fraktion lehnt dieses Postulat einstimmig ab. Wir sind dafür, dass die Transparenz bei den Personalkosten und bei der Personalentwicklung verbessert wird. Dazu werden wir bald einen Vorstoss einreichen. Toni, es wäre vielleicht hilfreich, wenn die Liste, aus der du zitiert hast, dem Einwohnerrat vorliegen würde. So könnte ein solcher Generalverdacht aus der Welt geschaffen werden. Bis es so weit ist, wird die kritische Haltung im Einwohnerrat bestehen bleiben. Die Pauschallösung lehnen wir von der GLP/BDP-Fraktion als nicht zielgerichtet ab.

Armin Bieri, SP-Fraktion: Wir von der SP-Fraktion lehnen das Postulat einstimmig ab. Einerseits aus den genannten Gründen, weil es sehr pauschal ist. Es ist kein grosser Motivations Schub für sämtliche Angestellte, wenn CHF 150'000 gekürzt werden, undefiniert. Es weiss dann niemand, wen es betrifft. Wenn bei mir im Geschäft der Chef sagt, dass eine Abteilung so viel weniger hat, dann ist das nicht sehr motivierend. Wenn es konkret, dann kann man das diskutieren. Aber so sind wir einstimmig für Ablehnung.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich habe eine Verständigungsfrage. Wir haben heute Abend das Allinfo erhalten. Wenn wir das zuhinterst anschauen, dann sehe ich 13 Austritte und 22 Neu-Eintritte. Das ist eine Differenz von 9 Nasen. Da wurden wahrscheinlich mehr eingestellt, als es Abgänge gab. Oder wie sieht das aus?

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Komm doch mal bei mir vorbei und ich erkläre es dir. Einen kleinen logischen Ansatz kann ich jetzt bereits sagen. Es arbeiten nicht alle 100%.

Rolf Adam, Präsident: Wir stimmen ab. Der Gemeinderat beantragt:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat die Ablehnung des Budgetpostulats.

://:

Das Budgetpostulat wird mit 4 Ja- und 25 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen nicht überwiesen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2.1.8

Budgetpostulat von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat, Lukas Mussler, Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion, betreffend Dienstleistungen und Honorare (Konto 840-318.00), Geschäft 4084B.7

Lukas Mussler, GLP/BDP-Fraktion: Wir hatten hier gewisse Meinungsverschiedenheiten, als wir die Budgetierung gesehen haben. Es war uns im ersten Moment nicht klar, woher die CHF 40'000 Mehraufwand im Vergleich zum Budget 2011 herkommen. Wir sind uns mit dem Gemeinderat einig, dass die Wirtschafts- und Standortförderung sehr zentral und wichtig ist. Wir haben die Bemerkung des Gemeinderates aufmerksam durchgelesen. Trotz allem ist es uns nicht klar, woher die Kostenzunahme in der Budgetierung von CHF 20'000 herkommt. Dafür brauchen wir noch mehr Infos vom Gemeinderat.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich wusste natürlich, dass Sie hartnäckig nachfragen werden, und ich habe die Details mitgekommen. Es ist nicht immer so einfach, von Jahr zu Jahr zu vergleichen. Es findet etwas in einem Jahr statt, im nächsten Jahr nicht mehr und im übernächsten Jahr wieder. Es gibt solche Positionen, zum Beispiel ein Landratspräsidentenfest, welches plötzlich da ist, oder ein Unternehmerpreis, der abgegeben wird oder nicht. Das Unternehmertreffen, welches die Gemeinde Allschwil durchführt, haben dieses Jahr gemacht, letztes Jahr nicht. Es ist schwierig, vom Betrag her auf die Anlässe zurückzuschliessen. Man kann nicht einfach auf eine Tendenz schauen. Was ist in diesem Jahr drin? Da sind Mitgliedschaften und Tagungen, das steht alles unter Wirtschaftsförderung/Standortmarketing CHF 2000. Dann haben wir den Info-Kalender für CHF 15'000, den Zuzügerapéro für CHF 4500, den Neujahsapéro für CHF 2'300. Die Infobroschüre ist eine neue Position, weil wir diese modernisieren müssen, die vorliegenden sind ins Alter gekommen, und das ist nicht schick für die Gemeinde Allschwil. Dann müssen wir give-aways einkaufen für CHF 4000, und wir haben Wirtschaftsförderungsanlässe. Dort erlauben wir uns, die Damen und Herren aus der Wirtschaft zu einem Apéro riche einzuladen, CHF 3000. Dann gibt es die Idee Allschwil Vieille Prune vom Tiefbau. Das ist die exklusive Vieille Prune Schnapsflasche, die es neuerdings in Allschwil gibt, aus gemeindeeigenen Zwetschgen, CHF 1500. Es kommt noch eine Position dazu. Es wird einen Anlass geben in Allschwil, ich sage aber nicht, welchen. Wenn ich das jetzt sage, dann ist das fast schon beschlossen und das möchte ich nicht. Wir haben etwas zurückgestellt für einen Anlass, damit, falls er stattfindet, sich die Gemeinde Allschwil daran beteiligen kann im 2013. Wer genaueres wissen möchte, kommt nachher schnell zu mir. Es geht mir darum, dass es nicht heisst, dass wir das bereits beschlossen haben und das Geld sei schon ausgegeben. Wir erhalten einen Antrag, ein Budget, ein Programm und dann wird der Gemeinderat dies auf dem ganz normalen Weg beschliessen. Kann man das so akzeptieren?

Stephan Wolf, Fireko-Vizepräsident: Die Fireko hat sich auch mit diesem Budgetpostulat befasst und wieder kommt die alte Leier, dass wir kein Geld haben und dass sich die finanzielle Lage sehr verdüstert hat. In dieser Situation CHF 40'000 mehr auszugeben als im Vorjahr ist für die Fireko schwer verständlich. Darum ist die Fireko der Ansicht, dem Einwohnerrat Zustimmung zu diesem Budgetpostulat zu empfehlen.

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. Der Antrag des Gemeinderates lautet:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat die Ablehnung des Budgetpostulates.

://:

Mit 17 Ja-, 12 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen wird das Budgetpostulat überwiesen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 2.1.9

Budgetpostulat von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat, Lukas Mussler, Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion, betreffend Übriger Unterhalt durch Dritte (Konto 020-315.00), Geschäft 4084B.8

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Bei dieser Budgetposition ist uns aufgefallen, dass jährliche Ausgabenzunahmen in der Grössenordnung von 10% bis 15% stattgefunden haben. Wir haben innert fünf Jahren 50% mehr ausgegeben. Uns war es ein Anliegen, den Finger auf den Kostentreiber zu legen. Wir möchten die Gemeinde nicht lahm legen, indem wir zwingend notwendige Kosten und Ausgaben verhindern, aber wir möchten gerne vom Gemeinderat hören, was hier genau dahinter steht, deshalb haben wir das Postulat eingereicht.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Jetzt habt Ihr mich provoziert und jetzt sage ich auch, für wen die CHF 40'000 gewesen wären. Es wäre für das geplante Schwingfest in Allschwil gewesen, welches die Gemeinde Allschwil unterstützen wollte. Es ist ein Schwingfest des nordwestschweizerischen Schwingverbands, welches durchgeführt wird. Dies ist nun gestrichen und damit kann ich auch sagen: Tja, Allschwil ist halt manchmal doch Provinz.

Wir kommen zur weiteren Diskussion. IT. Hier staune ich, das sind alles Wartungsverträge. Wenn wir Software einkaufen, dann haben wir dazu Wartungsverträge. Wir warten auf der Basis der Wartungsverträge unsere Systeme und Schnittstellen. Ich kann nicht viel mehr dazu sagen, als dass die Verträge unterschrieben sind, wir letztendlich die Verpflichtung haben, diese Verträge einzuhalten. Wir sind der Meinung, dass wir die Wartungsverträge benötigen, damit wir à jour sind, Updates erhalten und Serviceleistungen erhalten. Selbst wenn man hier bei dieser Budgetposition streicht, müssten wir diese Wartungsverträge trotzdem halten. Ich habe die Liste im Detail hier, wir können diese nachher zusammen anschauen. Ich bitte Sie darum, dieses Budgetpostulat abzulehnen.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wir ziehen aufgrund dieser Ausführungen das Postulat zurück. Wir werden auch in Zukunft den Finger darauf heben. Wir vertrauen darauf, dass auch der Gemeinderat schaut, dass wir nicht unnötige Kosten generieren.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2.1.10

Budgetpostulat von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat, Lukas Mussler, Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion, betreffend
Übriger Personalaufwand Gemeindeverwaltung (Konto 020-309.00), Geschäft
4084B.9

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Das wesentliche ist gesagt, wir haben eine Folie vorbereitet. Man sieht hier, dass oben, nicht ganz ersichtlich, die Basellandschaftliche Kantonalbank und die Elektro Baselland bereits derartige Inserate schalten. Statt einem grosseitigen Inserat werden kleine Inserate geschaltet, wo man auf die Internetseite verweist. Die beiden sehr staatsnahen Institutionen bringen es fertig, kostensparend zu inserieren, ohne dass sie einen Prestigeverlust haben. Hier hätten wir die Möglichkeit, Gelder einzusparen, ohne dass wir einen Nutzenverlust haben.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich habe gehofft, du ziehst es zurück. Der Gemeinderat ist der Meinung, wenn man qualifizierte Leute sucht, dass man diese auch vermehrt durch Inserate in den Printmedien erreichen kann. Wir nutzen selbstverständlich die Online-Medien. In der Praxis stellen wir fest, dass die Online-Bewerbungen nicht die gleiche Qualität haben, als Bewerbungen aufgrund eines Inserats, und auch massenhaft eingehen. Es ist relativ einfach per Mail oder online eine Bewerbung abzuschicken. Wir möchten dort, wo es um Kaderstellen geht, an den normalen Printmedien festhalten. Die Diskussion war auch, dass wir effektiv in Fachzeitschriften und auf Fach-Internetseiten zusätzlich inserieren. Das Ziel ist, dass wir qualitatives gutes Personal finden für die Gemeinde. Der Gemeinderat bittet Sie, dass wir dieses Budgetpostulat heute Abend nicht überweisen.

Stephan Wolf, Fireko-Vizepräsident: Als wir am Anfang über den Finanzplan geredet haben, wurde seitens des Gemeinderates gesagt, dass er Sparvorschläge gerne entgegennimmt. Die Fireko teilt die Meinung der Postulanten, dass hier ein passabler Sparvorschlag vorliegt, welcher keine grossen Einschränkungen mit sich bringt, aber doch erhebliche Einsparungen. Die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission empfiehlt Ihnen einstimmig, dem Budgetpostulat zu folgen und dem zuzustimmen.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Ich habe beruflich damit zu tun. Ich arbeite im Kanton Basel-Stadt, dort werden alle Stellen online geschaltet. Es ist richtig, dass die Online-Bewerbungen nicht die gleiche Qualität haben wie die schriftlichen Bewerbungen. Das ist aber nicht das Thema, sondern das Thema ist,

wie kommt man an die Informationen, dass man eine Person braucht. Das ist online auf verschiedenen Portalen möglich. Für die Kaderselektion gibt es Firmen, die sich darauf spezialisiert haben, diese würden auch die entsprechenden Leute suchen. Hier empfehle ich, den Postulanten zu folgen und die CHF 20'000 einzusparen und somit einen Beitrag ans Sparen zu leisten.

Susan Vogt, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag der GLP/BDP-Fraktion. Wir sind der Ansicht, dass Online-Inserate das führende Rekrutierungswerkzeug sind. Die Vorteile liegen auf der Hand. Es ist schnell und flexibel, durchschnittlich vier Wochen online und günstiger. Man könnte auch ein Bonusprogramm bei der Gemeinde einführen, Mitarbeiter werben Mitarbeiter. Das ist auch eine günstige Investition. Die FDP-Fraktion stimmt dem Postulat zu.

Ruedy Breitenstein, EVP/Grüne-Fraktion: Gute Leute suchen gute Inserate. Ein gutes Inserat, das etwas bietet, finde ich besser. Wenn wir gute Leute finden möchten, und das möchte Allschwil wie auch andere grosse Firmen und Gemeinden, dann machen die das auch mit guten grossen Inseraten. Vielleicht ist es altmodisch, aber ich denke, es ist gut.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Die Gemeinde hat ein kleines Hintertürchen. Wir haben das Allschwiler Wochenblatt und dort können sie in den wöchentlichen Anteilen, welche die Gemeinde zur Verfügung hat, die Inserate reinstellen.

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. Der Antrag des Gemeinderates lautet:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat die Ablehnung des Budgetpostulats.

://:

Das Postulat wird mit 31 Ja-, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung überwiesen, das ist grossmehrheitlich.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2.1.11

Budgetpostulat von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat, Lukas Mussler, Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion, betreffend Personalaufwand Alterskonzept (Konto 570-301.00), Geschäft 4084B.10

Lukas Mussler, GLP/BDP-Fraktion: Das Postulat haben wir eingereicht, weil uns aufgefallen ist, dass in diesem Aufwandskonto für die Altersstelle im Vergleich zum Budget vom Vorjahr eine markante Steigerung war. Wir haben nachher gesehen, dass dies wegen der zusätzlichen Fachstelle für Altersfragen, 60% Zeitaufwand, budgetiert wurde. Wir haben den Bericht des Gemeinderates mit grossem Interesse gelesen. Wir fragen uns trotz allem, ob diese Stelle nötig ist. Existieren dafür auch Zahlen? Zum Beispiel: Im ersten Jahr haben wir mit 100 Gesuchen gerechnet, aber 1000 Gesuche eingereicht bekommen.

Arnold Julier, Gemeinderat: Hoffentlich haben Sie auch festgestellt, dass Altersaufgaben eine grosse Herausforderung sind für Allschwil. Ist ein Heim fertig ausgebaut, muss das nächste Bett schon wieder geplant werden, damit wir hier überhaupt mithalten können. Der Einwohnerrat hat das Alterskonzept einstimmig, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, gutgeheissen. Dort sind die Zielsetzungen drin. Eine davon ist die Einsetzung der Fachstelle. Wir sind sehr froh, dass wir diese Fachstelle haben. Ich bin selber überrascht, dass dies so stark frequentiert wird mit Beratungen. Wenn wir die ganzen Aufgaben des Alters erfüllen möchte, braucht es die entsprechenden Ressourcen, und in diesem Fall brauchen wir diese. Pflegebetten müssen erhöht werden, Berechnungen der Pflegefinanzierung, Überprüfungen, das ist die Aufgabe der Fachstelle. Es gibt immer mehr Aufgaben, welche dazu kommen. Damit wir die Ziele des Alterskonzepts erreichen können, brauchen wir die Fachstelle. Man muss daran denken, dass bei der Alterskommission auch die Fachstelle die Arbeit erledigen muss. Da ist es relativ aufwendig mit Vorlagen

erarbeiten, Papiere erarbeiten und Protokolle schreiben. Es ist ebenfalls so, dass das Alterskonzept weiterentwickelt werden muss, man kann das nicht einfach stehen lassen. Es gibt noch einige Felder, welche im Alterskonzept bearbeitet oder aufgearbeitet werden müssen. Das ist viel Arbeit und ich wäre froh, wenn man diese administrative Stelle bewilligt.

Stephan Wolf, Fireko-Vizepräsident: Ich mache den Vorschlag, dass wir die Postulanten anfragen, ob sie am Postulat festhalten.

Lukas Mussler, GLP/BDP-Fraktion: Wir sind gespalten, aber ich werde es zurückziehen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2.1.12

Budgetpostulat von Nedim Ulusoy, Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat, Lukas Mussler, GLP/BDP-Fraktion, betreffend Konto 340-319.00 Sport, Übriger Sachaufwand, Geschäft 4084B.11

Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion: Ich wurde gebeten, mich kurz zu halten und probiere dies umzusetzen. Dank den Postulanten der GLP/BDP-Fraktion haben Sie heute Abend CFH 60'000 eingespart für nächstes Jahr. Wir beantragen hier, dass wir CHF 10'000 zusätzlich ausgeben, es geht um die Gesundheitsförderung. Wenn Sie dem zustimmen, haben wir netto immer noch CHF 50'000 gespart. Mit diesem Postulat möchten wir erreichen, dass in der Gemeinde Allschwil ein oder zwei Sportgeräte zusätzlich aufgestellt werden, öffentlich, damit sich die Bevölkerung mehr bewegt. Der Bewegungsmangel ist ein allgemein anerkanntes Problem in unserer Gesellschaft. Dies führt auch zu Folgekosten bei der Gesundheit. Es ist auch im Sinne der Gemeinde, dass wir hier präventiv wirken. Ich bin etwas erschrocken, als ich das Bild gesehen habe, welches auf dem Postulat drauf ist. Ich habe das Bild etwas spät gesehen, ansonsten hätte ich ein Postulat eingereicht zur Anschaffung einer neuen Farbpatrone für die Gemeinde. Es hat bei mir ganz anders ausgesehen, hier sieht es nach Mondlandschaft aus. Bei mir hat es Palmen im Hintergrund und ist grün. Die Sportgeräte sehen viel attraktiver aus als auf dem Bild. Ich bitte Sie, sich nicht beeinflussen zu lassen von dem Bild. Wir beantragen Ihnen, dass Sie das Budgetpostulat überweisen.

Stephan Wolf, Fireko-Vizepräsident: Die Fireko hatte auch bei diesem Budgetpostulat die zwei Aspekte. Nämlich einerseits die angespannte finanzielle Lage, auf der anderen Seite war die Fireko der Meinung, dass wir viel für die Kindergärten und das Alterskonzept gemacht haben. Jetzt wäre auch einmal die mittlere Generation daran, dass man sie fördert und öffentliche Sportgeräte zur Verfügung stellt. Deshalb hat sich die Fireko dazu durchgerungen, Ihnen dieses Budgetpostulat zur Zustimmung zu empfehlen.

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. Der Antrag des Gemeinderates lautet:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat die Ablehnung des Budgetpostulats.

//:

Das Postulat wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Wir schliessen heute die Sitzung und machen den Rest morgen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

ENDE